

Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Schulausschusses und des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses

- Sitzungsdatum:** 14. Februar 2012
- Sitzungsort:** Hamburg, im Rathaus, Kaisersaal
- Sitzungsdauer:** 17:03 Uhr bis 20:49 Uhr
- Vorsitz:** Abg. Dr. Walter Scheuerl (CDU) für den Schulausschuss (TOP 1)
Abg. Robert Heinemann (i. V.) (CDU) für den Schulausschuss (ab TOP 2)
Abg. Gunnar Eisold (SPD) für den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
- Schriftführung:** Abg. Lars Holster (SPD) für den Schulausschuss
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels (i. V.) (FDP) für den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss (17:03 Uhr bis 17:13 Uhr sowie 18:53 Uhr bis 19:38 Uhr)
Abg. Finn-Ole Ritter (FDP) für den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss (17:13 Uhr bis 18:53 Uhr)
Abg. Dr. Stefanie von Berg (i. V.) (GAL) für den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss (ab TOP 2)
- Sachbearbeitung:** Michael Giß
-

Tagesordnung:

1. GBS
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der
Hamburgischen Bürgerschaft)
zusammen mit

Drs. 20/2501 Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) in Hamburg
(Große Anfrage Fraktion DIE LINKE)
- Der Schulausschuss ist federführend, der Familien-, Kinder- und
Jugendausschuss ist mitberatend. -
2. Drs. 20/441 Hamburger Sprachförderkonzept
(Große Anfrage CDU)
- Der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss ist federführend, der
Schulausschuss ist mitberatend. -
3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder des Schulausschusses

Abg. Matthias Czech (SPD)
Abg. Jan-Hinrich Fock (SPD)
Abg. Ulrike Hanneken-Deckert (SPD)
Abg. Robert Heinemann (CDU)
Abg. Lars Holster (SPD)
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)
Abg. Gerhard Lein (SPD)
Abg. Karin Prien (CDU)
Abg. Andrea Rugbarth (SPD)
Abg. Dr. Walter Scheuerl (CDU)
Abg. Dr. Stefanie von Berg (GAL)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter des Schulausschusses

Abg. Christoph de Vries (CDU)
Abg. Barbara Duden (SPD)

III. Ausschussmitglieder des Familien-, Kinder und Jugendausschusses

Abg. Christiane Blömeke (GAL)
Abg. Matthias Czech (SPD)
Abg. Christoph de Vries (CDU)
Abg. Gunnar Eisold (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)
Abg. Dr. Melanie Leonhard (SPD)
Abg. Finn-Ole Ritter (FDP) (zeitweise)
Abg. Frank Schmitt (SPD)
Abg. Carola Thimm (SPD)
Abg. Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)

IV. Ständige Vertreterinnen und Vertreter des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses

Abg. Barbara Nitruich (SPD)
Abg. Carola Veit (SPD)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP)

V. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr Senator Ties Rabe
Herr Staatsrat Dr. Michael Voges
Herr SD Norbert Rosenboom
Herr LOSR Winfried Bratsch
Herr Wiss. Ang. Uwe Gaul
Frau ORR'in Anja Fährmann
Frau LOSR'in Susanne Schwier
Herr Wiss. Ang. Andreas Heintze
Herr Wiss. Direktor Dr. Peter May

Frau Wiss. Ang. Nicole Schuback
Herr Regierungsamtmann Matthias Bierkarre

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Herr Staatsrat Jan Pörksen
Herr Wiss. Ang. Dr. Dirk Bange

VI. Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Michael Giß

VII. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

20 Personen

Zu TOP 1

Vorsitzender: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie, auch im Namen von Herrn Eisold als Vorsitzenden des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses, hier in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schulausschusses der Bürgerschaft sehr herzlich zur heutigen Sitzung beider Ausschüsse zu zwei sehr spannenden Themen – das eine ist das Thema GBS, das zweite ist das Thema Sprachförderung – und begrüße zunächst Herrn Senator Rabe und die Staatsräte, Herrn Dr. Voges und Herrn Pörksen, sowie die übrigen Senatsvertreter und natürlich auch die Öffentlichkeit und Interessierten, die gekommen sind.

Vorab möchte ich fragen, ob aus dem Kreis der Abgeordneten ein Wortprotokoll gewünscht wird.

(Abg. Robert Heinemann: Ja, finde ich eine gute Idee!)

– Ja, wird gewünscht. Dann machen wir ein Wortprotokoll.

Ich stelle fest, dass die Tagesordnung und Einladung rechtzeitig versandt und allen zugegangen ist, sodass wir gleich mit dem Tagesordnungspunkt 1 beginnen möchten, das ist im Rahmen der Selbstbefassung gemäß Paragraph 53 der Geschäftsordnung das Thema GBS, also ganztägige Bildung an Schulen, zusammen mit der Drucksache 20/2501, "Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen [...] in Hamburg", das war die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Federführend ist hier der Schulausschuss, mitberatend mit dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss. Wir werden das deshalb so machen, dass ich diesen Teil der Sitzung leite. Bei dem nächsten Tagesordnungspunkt ist es dann umgekehrt, dann übernimmt Herr Eisold das.

Und ich schlage vor, dass zunächst, Herr Senator Rabe, Sie für den Senat eine Stellungnahme abgeben zu dem Thema und wir dann anschließend zu der Befassung durch die Abgeordneten kommen. – Herr Senator Rabe, bitte.

Senator Rabe: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Abg. Gunnar Eisold: Ich sehe, dass Herr Ritter noch nicht da ist, der Schriftführer für den Familienausschuss. Wer würde denn von der FDP ...? Übernehmen Sie das dann?

Vorsitzender: Frau von Treuenfels, übernehmen Sie die Schriftführung, bis Herr Ritter da ist, für den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss? Dann ist das auch geklärt. – Herr Senator Rabe, bitte.

Senator Rabe: Ja, beim Thema Ganztagschule hat der Senat sich mit den gleichen Aufgaben auseinanderzusetzen, die schon die Vorgängerregierung identifiziert hatte. Es gibt eine deutlich wachsende Nachfrage nach Ganztagsschulangeboten oder nach ganztägiger Betreuung. Das ist allgemein bekannt, es war ja auch der Anlass dafür, dass bereits der Vorgängersenat hier die Idee geboren hatte, die Horte unter dem Dach der Schule ein Ganztagsangebot gestalten zu lassen. Der Vorteil dabei besteht unter anderem in der Doppelnutzung der Räume, besteht aber auch darin, dass hier eine besondere Form der Pädagogik, nämlich die Zusammenarbeit von Erzieherinnen und Erziehern mit Lehrerinnen und Lehrern, gestaltet werden kann und dass diese Rahmenbedingungen zu einer besonderen Qualität führen, aber auch die Möglichkeit eröffnen, mehr Ganztagsschulangebote zu schaffen, eben unter anderem durch die Doppelnutzung der ansonsten nachmittags überwiegend leerstehenden Klassenräume. Und dieser Effizienzgewinn, wenn ich es so sagen darf, ist und schafft die Möglichkeit, hier dann tatsächlich deutlich mehr Ganztagsschulangebote bereitzustellen.

Das ist die Grundidee. Unter dieser Überschrift hatte der Vorgängersenat bereits sieben sogenannte Pilotstandorte identifiziert und starten lassen. Weitere Schulen waren aufgerufen, sich anzumelden. Hier hatte bereits der Vorgängersenat deutlich gemacht kurz vor der Wahl, dass es grünes Licht geben werde für weitere Schulstandorte. Dieses grüne Licht haben wir dann erteilt, sodass 15 weitere sogenannte Modellschulen dazugekommen sind; insgesamt 22 entsprechende Ganztagschulen. Hier ist aufsetzend auf der Planung des alten Senats der neue Senat mit der gleichen Aufgabe konfrontiert gewesen, mehr Ganztagsschulangebote zu schaffen, und hat sich dieser Aufgabe gestellt. Wir haben diesen Ansatz im Kern für richtig befunden. Wir sind der Meinung, es ist klug, unter dem Dach der Schule diese Angebote zu machen. Wir sind auch nicht der Meinung, dass es viel besser wäre, wenn die Schule den Nachmittag selber gestalten würde. Hier werden in der Öffentlichkeit – wie ich finde, völlig zu Unrecht – Lehrerinnen und Lehrer gegen Erzieherinnen und Erzieher, Schule gegen Hort in einigen Diskussion ausgespielt. Wir finden ganz im Gegenteil, dass beide Institutionen eine besondere Professionalität haben, dass beide Institutionen auf ihre Weise mit Kindern sehr angemessen umgehen, Kinder fördern und dass sie sich gegenseitig bereichern würden. Deswegen sind Lehrerinnen und Lehrer nicht die schlechteren Erzieher und Erzieher sind nicht die schlechteren Lehrer, sondern zusammen ist das eine vernünftige Kombination, die wir sehr begrüßen.

Wir haben allerdings festgestellt, dass es bei den früheren Rahmenbedingungen viele Punkte gibt, die eine Nachbesserung brauchen. Hier ist insbesondere zu nennen gewesen die Frage der Personalausstattung. Hier waren in der Vergangenheit von der Vorgängerregierung Margen für die Pilot- und Modellstandorte zugrunde gelegt worden, die unserer Meinung nach nicht ausreichten. Deswegen haben wir Verhandlungen begonnen mit den entsprechenden Trägern, mit dem Ziel, einen Landesrahmenvertrag abzuschließen und dabei in der Tat auch Verbesserungen in diesen Landesrahmenvertrag einzubinden, um die Qualität des Angebots zu erhöhen. Diese Verbesserungen umfassen unter anderem, dass ein sogenanntes pädagogisches Budget für jedes Kind, zusätzlich zu dem Budget, das für die pädagogischen Fachkräfte bereitgestellt wird, zusätzlich für jedes Kind ausgelobt wird und insofern hier den Trägern deutlich bessere Möglichkeiten für Personalausstattung, aber auch für pädagogische Arbeit insgesamt, geboten werden. Diese Steigerung liegt bei deutlich über 20 Prozent, wenn man den reinen Personalanteil ansieht, sogar bei 25 Prozent. Soviel macht die Steigerung durch das pädagogische Budget aus. Hier also eine eindeutige Qualitätsverbesserung.

Wir haben auch erkannt, dass es wichtig ist, dass diese beiden Institutionen miteinander ins Gespräch kommen, und zwar um der Kinder willen, die da nachmittags betreut werden. Und

da muss nicht nur viel organisiert werden, sondern da muss auch die Pädagogik aufeinander abgestimmt werden. Deswegen haben wir beispielsweise für jeden Standort 25 000 Euro zusätzlich in den Landesrahmenvertrag aufgenommen. Mit diesem Geld soll finanziert werden Gesprächs- und Übergabezeiten zwischen den Lehrerinnen und Lehrern am Vormittag und den Erzieherinnen und Erziehern am Nachmittag. In der alten Konstruktion war das nicht vorgesehen. Das führte zu deutlichen Kommunikationsproblemen und das führte eben dazu, dass man sich bestenfalls begegnete, wenn der eine ging und der andere kam.

Eine weitere Verbesserung bezieht sich auf die Frage der Teilnahmequoten. Wir sind der Meinung, dass die ursprünglich angesetzte 40-Prozent-Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an diesen Nachmittagsangeboten eher zu gering geschätzt ist, und haben sie deshalb erhöht und gehen von einer fünfzigprozentigen Beteiligung aus. Das heißt natürlich, dass es mehr Kinder sind. Das sind mehr Plätze, es kostet aber auch mehr Geld. Das ist in den Planungen aber mit einbezogen worden.

Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe weiterer Veränderungen. Ich will hier insbesondere die nennen, die sich auf die Raum- und Immobiliensituation beziehen. Hier haben wir einerseits durch Schulbau Hamburg sicherstellen lassen, dass insgesamt ein Bauvolumen von bis zu 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wird, um möglichst sehr zügig an den Standorten entsprechende Kantinen zu bauen. Dafür wird die Schulbehörde dann einplanen eine jährliche Miete von 8 Millionen Euro, die im Großen und Ganzen unsere Miete für diese Kantinen sind. Das ist ein zusätzlicher Kostenfaktor, der zur Verbesserung der Raumsituation eingesetzt wird.

Und zum Schluss will ich nur als eines der vielen weiteren Beispiele darauf aufmerksam machen, dass hier wir auch für das Mobiliar ein Budget jetzt vorgesehen haben, weil wir wissen, dass die Doppelnutzung eines Raumes natürlich auch besser funktioniert, wenn die Möbel solche Doppelnutzung zulassen. Wir wollen uns nicht daran gewöhnen, dass da jetzt eine Klasse mit in Reih und Glied aufgestellten Tischen ist und am Nachmittag soll da fröhlich gespielt werden. Das ist einsichtig, dass das so einfach nicht geht. Deswegen braucht es besondere Räume, deswegen braucht es besonderes Mobiliar, um das sicherzustellen.

Wie richtig wir mit diesen Verbesserungen im Landesrahmenvertrag gelegen haben, zeigte sich jetzt vor Kurzem, als wir die Auswertung der ersten sieben Modellschulen ... Ich muss mich korrigieren, Pilotstandorte heißen die, die ersten sieben, die folgenden fünfzehn heißen Modellstandorte; warum, weiß ich auch nicht, aber ist so. Also die sieben Piloten sind ausgewertet worden und die Evaluation hat Fingerzeig gegeben, was verbessert werden sollte. Und in der Tat haben wir mit unseren Verbesserungsvorschlägen hier richtig gelegen.

Erstens: Die Eltern finden das Angebot gut, das kann man ganz klar sagen. Sätze wie "Mein Kind geht gerne in den Ganzttag" oder "dass mein Kind dort gut aufgehoben ist in den Ganzttagsschulen", finden eine große Unterstützung bei den Eltern.

Zweitens: Sie finden nicht nur das Angebot gut, sie nutzen es auch – an den Pilotschulen bereits mit 40 Prozent durchschnittlich, und das in einer Phase, die weiß Gott noch ganz am Anfang lag. Ich hatte mich heute unterhalten mit einer Schulleiterinnen aus einer der Pilotschulen, die sagte, dass die Quote der Ganzttagsteilnehmer sich zu diesem Schuljahr noch einmal an ihrer Schule deutlich weiter erhöht hat. Das zeigt, dass wir richtig gelegen haben mit unserer Auffassung, dass eher 50 als 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler langfristig dieses Angebot wahrnehmen.

Es zeigte sich übrigens auch, dass die in der Öffentlichkeit immer wieder temperamentvoll diskutierte Raumsituation in der Tat von den Betroffenen keineswegs als eine so schwierige und große Zumutung empfunden wird. Ganz im Gegenteil sagten sowohl Eltern und Schüler,

dass sie das weder gestört habe noch irgendwie auffällig gewesen sei. Das ist natürlich auch der besonderen Leistung und dem Engagement der hier teilnehmenden sieben Schulleitungen und sieben Hortleitungen zuzuschreiben, dass sie es geschafft haben, diese sicherlich nicht ganz einfache Situation so zu lösen, dass an diesen sieben Pilotschulen tatsächlich alle Beteiligten mit der Raumsituation sehr zufrieden waren. Das ist ein weiterer Hinweis.

Dann will ich auch noch ergänzen, dass die Befragung ergeben hat, dass bei den Pilotstandorten auf Leitungsebene die Zusammenarbeit hervorragend war, etwas, was wir ausdrücklich begrüßen. Ich will noch einmal deutlich machen: Die Zusammenarbeit von Hort und Schule kann in ihrer Qualität etwas Neues bringen, etwas, was über das, was die Einzelnen bisher gemacht haben, hinausgeht. Und diese Zusammenarbeit wollen wir. Sie wird in der Öffentlichkeit immer wieder kontrovers diskutiert, auch manchmal von Funktionären verschiedener Ebenen, die immer sagen: Unsere Seite ist doch eigentlich die bessere. Ich bin heilfroh, dass an diesen sieben Pilotstandorten beide Leitungen ausgesprochen kooperativ diese vielen Fragen gelöst haben. Aber sie haben auch kritisiert, dass es kaum gelungen ist, unterhalb der Leitungsebene die Kollegien der beteiligten Institutionen dort mit einzubinden. Und auch hier waren klare Hinweise in der Auswertung der sieben Pilotstandorte, dass wir eben darauf achten müssen, dass auch Erzieher und Lehrer ins Gespräch kommen und insofern unsere dafür vorgesehenen Kommunikationszeiten sehr, sehr wichtig sind.

Insofern finden wir, dass die Evaluation uns Rückenwind gibt, weil sie sagt: Der Bedarf ist da, die Eltern finden das auch richtig, was wir da machen als Angebot, und die entsprechenden Nachteile, die zum Teil erkannt worden sind, sind im Rahmen beispielsweise des Landesrahmenvertrags schon gehörig berücksichtigt worden, sodass wir auf diese Art und Weise auch die Qualität entsprechend steigern können.

Ich will nicht verhehlen, dass es noch Aufgaben zu tun gibt, auf die ich jetzt zum Ende kurz hinweisen möchte. Natürlich muss demnächst dazu eine Drucksache entwickelt werden, um weitere Rahmenbedingungen zu skizzieren. Und ich will auch auf ein, zwei offene Fragen eingehen, weil sie möglicherweise ja ohnehin eine Rolle spielen.

Da ist einmal die Frage der Zeitschiene. Es ist so, dass wir davon ausgehen können, dass im Sommer 2013, wie die bisherige Planung war, in der Tat die entsprechende Zahl von Schulen oder deutlich mehr als die Hälfte der Grundschulen entsprechende Angebote haben wird. Hier wird also sozusagen das Angebot der Grundschule zur Regel. Wir müssen jetzt genau überlegen, wie danach die Übergangsphase gestaltet wird. Das kann man zurzeit noch nicht ganz genau sagen, da sind wir noch in Gesprächen.

Auch in Bezug auf die Teilnahmezeit gibt es immer wieder in der Öffentlichkeit heterogene Diskussionen, die ich gerne ansprechen möchte. Hier geht es insbesondere um die Frage der Teilnahme. Die ist grundsätzlich sowieso verpflichtend; wer nicht will, muss nicht teilnehmen. Aber wer sich zur Teilnahme bereit erklärt, der sollte auch eine bestimmte Mindestzeit teilnehmen. Wir sind dabei, hier Lösungen zu finden, um einerseits eine pädagogische Qualität sicherzustellen und andererseits auch dem Wunsch nach einer Flexibilität in den Abholzeiten Rechnung zu tragen. Aber auch hier wird es noch Entscheidungen brauchen, um das präzise zu verorten.

Wir haben allerdings schon sehr klare Entscheidungen getroffen zum Thema Gebührenstruktur, und damit möchte ich schließen, die haben wir gestern der Öffentlichkeit vorgestellt. Wesentlich ist hier zu sagen, dass die Gebühren so gestaltet worden sind, dass die Eltern für die Betreuung von den Klassen 1 bis 6 und 7, je nachdem, in welcher Jahrgangsstufe die Kinder sind, nicht mehr zahlen als im Hort, viele sogar weniger zahlen werden. Das ist das Versprechen und das werden wir auch so berücksichtigen. Sollte es angesichts der Vielzahl von Fällen – wir wissen ja, dass allein im Hortsystem jetzt in diesen

Altersgruppen rund 20 000 Schülerinnen und Schüler sind – dann doch irgendeinen Fall geben, in dem durch rechnerische Unwägbarkeiten und Besonderheiten eine solche Abweichung wäre und tatsächlich eine höhere Gebühr im neuen System erfolgen würde, dann wird durch eine entsprechende Passage in der Drucksache sichergestellt, dass das nicht kommt und dass der Fehl-, Differenzbetrag erstattet wird. Hier möchten wir die Hortsätze zugrunde legend das als Richtlinie, aber auch als Obergrenze betrachten und mit den eigenen Gebührensätzen nicht darüber hinausgehen. Das haben wir gestern vorgestellt. Ich glaube, es ist ein recht einfaches Verfahren, das wir da vorschlagen, ein Verfahren, das im Rahmen der Anmeldung sehr zügig abgewickelt werden kann, sodass wir hier, glaube ich, auch den Eltern weit entgegenkommen können.

Soweit meine Einführung. Sie haben gemerkt, die Große Anfrage, die unseren Befassungen heute zugrunde liegt, ist ja zu einem Zeitpunkt gestellt worden, wo viele dieser Details noch nicht ganz klar waren. Deswegen habe ich gerade diese Details angesprochen, um den Ausschuss auch über den letzten Stand zu informieren.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator Rabe. – Dann kommen wir zu den Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten. – Frau Dr. von Berg bitte als Erste.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich habe gleich eine Frage zum Mittagessen. Gestern auf der PK wurde ja auch eine Pressemitteilung verteilt, und da geht es um die Gebührenstruktur für das Mittagessen für die Kinder ab Klasse 1. Das ist ja sozial gestaffelt, das war ja auch immer eingefordert worden. Sieht auch für mich so sehr vernünftig aus. Ich habe eine Frage dazu: Betrifft das auch die Vorschulkinder, weil hier definitiv drinsteht ab Klasse 1, und was ist mit den Kindern ab Klasse 5, die im Ganztage betreut werden, wie sieht die Mittagessengebührenstruktur dort aus?

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Die sozial gestaffelten Essenspreise sind von uns eingeführt worden, weil wir durch die Änderung, die der neue Senat vorgenommen hat, im Hortsystem jetzt keine Essensgebühren mehr haben. Das war vorher anders. Es war sozusagen der SPD-Senat, der das Essen im Hort kostenlos gemacht hat. Vor diesem Hintergrund stellt sich heraus, dass ein fester Betrag in den Schulen häufig dazu führt, dass Eltern, selbst wenn sie keinen Pfennig oder keinen Cent für die Betreuungszeiten zahlen, allein die festen Essenspreise zu höheren Gebühren führen. Das war früher nicht so. Unter der schwarz-grünen Regierung waren die Essenspreise eben noch von den Eltern zu bezahlen im Hort und insofern war es da wesentlich einfacher, eine Gebühr im schulischen System zu finden, die garantiert unter den Hortgebühren lag. Jetzt ist der Hort plötzlich viel billiger geworden. Und hier anzusetzen erzwang eine soziale Essensstaffel. Das ist etwas Besonderes und etwas Neues.

Es ist etwas – übrigens, ich will noch einmal darauf hinweisen –, was viele, viele Probleme auch löst: zum Beispiel, dass in vielen Schulen die Essensbeteiligung erstaunlich gering ist, möglicherweise weil Eltern in der Tat Schwierigkeiten haben, für längere Zeit diese festen Essenspreise zu bezahlen, zum Beispiel auch das Problem, dass wir viele Schulen haben, an denen entsprechende Möglichkeiten, Essen finanziert zu bekommen, nicht genutzt werden. Bildungs- und Teilhabepaketempfänger, Kinder, deren Eltern im Leistungsbezug sind, können natürlich umsonst essen, aber sie müssen dazu ins Sekretariat gehen, und das war vielen offensichtlich zu umständlich oder sie schämten sich. Und das führte dazu, dass auch diese Möglichkeiten nicht genutzt wurden in den Umfang, wie es möglich war. Die neue Form der Beitragsstaffel erzwingt, dass wir von der Barbezahlung am Tresen abweichen, beispielsweise in ein Kartenmodell übergehen. Und dieses Kartenmodell bietet diese Chancen, dass sich hier keiner die Blöße geben muss und der eine zahlt mit Geld und der andere mit einem Zettel, er sei Hartz-IV-Empfänger. Das sind alles große Chancen.

Diese Chancen eröffnen wir für die Vorschulkinder und für die Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 4. Diese Chancen können wir zurzeit nicht eröffnen für die Schülerinnen und Schüler der Klassen 5, 6, 7, weil wir hier schlicht sehen müssen, dass wir für sämtliche Schulkantinen dann ein entsprechendes Budget und eine entsprechende Sozialstaffel einführen müssten, auch für alle Gymnasien bis in die Oberstufe hinein, auch für alle Stadtteilschulen bis in die Oberstufe hinein. Und das – und das will ich offen sagen –, um sicherzustellen, dass die relativ geringen Schülerzahlen, um die es im Hortbereich in den Klassen 5, 6, 7 geht – nach meiner Schätzung liegen die irgendwo zwischen 1 000 und 1 500 Schülern –, und dafür müssten wir praktisch die Kantinen für insgesamt wohl – es ist jetzt ein Wortprotokoll, ich muss schätzen – 70 000 Schülerinnen und Schüler in den weiterführenden Schulen komplett umstellen, mit allen Folgen. Das ist wirklich ökonomisch in einem absoluten Missverhältnis. Hier kann es unter Umständen vorkommen, dass der eine oder andere dadurch eine Belastung im Beitrag hat, die höher sein könnte als im Hort, und da sichern wir die Rückerstattung der Beiträge zu. Das ist allemal vernünftiger, als hier die gesamte schulische Essensgeschichte auch in den weiterführenden Schulen entsprechend umzustellen.

Aber wie auch immer, denken Sie daran: Der Großteil der Schüler ist in der Grundschule, und für diese Schülerinnen und Schüler – und das sind insgesamt vermutlich 50 000, 60 000 Schüler –, da machen wir das. Und das, finde ich, ist schon ein großer Fortschritt, daran will ich schon einmal erinnern.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Eine Rückfrage, eine direkte?

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja. Also, ich würde gern einfach dieses Thema, also Ganztagschulen von Hort auch trennen. Ich kann Ihrer Argumentation folgen, ich habe einfach nur Sorge, dass gerade in den sozial schwachen Stadtteilen, wo ja häufig Schülerinnen und Schüler einfach eher zu den Stadtteilschulen gehen und dort natürlich im Ganztagsangebot sind, dass die sich jetzt zukünftig ein Essen nicht mehr werden leisten können. Bisher hatten wir ja 2 Euro, 2,50 Euro laut Anfragen. Das lag aber auch daran, dass wir natürlich die AGH-Kräfte hatten. Die fallen jetzt ja nun weg. Das heißt, es werden mit Sicherheit teurere Caterer sein, und das heißt, das Essen wird dann nicht mehr 2,50 Euro kosten, sondern tendenziell 3,50 Euro, 4 Euro. Das ist für geringverdienende, sozialschwache Familien, ist das richtig viel. Und da würde ich gerne mal wissen: Haben Sie vor, da eine soziale Staffelung einzuführen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Ich bin da ein bisschen überrascht über die Argumentation, weil doch die Vorgängerregierung gerade für diese Kinder einen Essensbetrag in den Horten vorgesehen hatte und erst seit ganz kurzer Zeit für diese Kinder der weiterführenden Schulen an den Horten das Essen umsonst ist. Und wenn Sie jetzt sagen: Dann werden die jetzt alle nicht mehr essen, wenn wir an den Stadtteilschulen keine Beitragsstaffeln mehr einführen, dann muss man ehrlicherweise sagen: So viel, wie damals gegessen haben, werden sicherlich essen, denn dann zahlen sie schlimmstenfalls so viel, wie es unter der Vorgängerregierung üblich war.

Ich will aber auch daran erinnern, dass wir hier bei der Beitragsstaffel nicht über alle Kinder reden. Gerade wenn wir in soziale Brennpunkte gehen, ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ohnehin über das Bildungs- und Teilhabepaket völlig freigestellt werden von Essenspreisen, ja recht hoch. Ich muss jetzt greifen, ich kann gerne die präzise Zahl nachliefern: Nach meiner Erinnerung ist es im Hamburger Durchschnitt sogar so, dass fast 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler ohnehin im Leistungsbezug stehen und insofern kein Essen bezahlen, und ein Teil der Schülerinnen und Schüler zahlt ohnehin den vollen Betrag, weil die Eltern dort auch entsprechend verdienen, sodass diese Beitragsstaffel jetzt nicht dazu beiträgt, dass sämtliche Kinder plötzlich mehr zahlen, sondern da gibt es auch

eine große Gruppe, die auch unter dem alten System, das wir dann an Stadtteilschule und Gymnasium anwenden würden, genauso viel zahlen wie in dem neuen System.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Heinemann, bitte.

Abg. Robert Heinemann: Herr Senator, ich würde zu Beginn einfach gern einmal zwei Dinge klären, zum einen die Begrifflichkeit. Reden wir jetzt eigentlich hier von Ganztagschulen oder reden wir nicht von Ganztagschulen? Es gab mal eine Pressemitteilung, da stand Ganztagschule, dann gab es eine Diskussion bei Schalthoff, da haben Sie gesagt: Das sind doch alles gar keine Ganztagschulen. Jetzt heute reden Sie wieder von Ganztagschulen. Also ich würde gern einfach mal wissen: Sind das nach Definitionen, die wir ja auch haben für offene, gebundene und teilgebundene Ganztagschulen, sind das im Sinne dessen, was definiert ist in Hamburg, sind die GBS-Standorte Ganztagschulen oder sind es keine Ganztagschulen? Dass wir das sozusagen einfach nur mal vom Sprachgebrauch vereinheitlichen. Und dann sind sie es entweder nachher und dann zählen wir sie so oder wir zählen sie nicht.

Und die zweite Frage ist: Habe ich Sie richtig verstanden? Ich habe auch der Großen Anfrage schon ein wenig entnommen, dass Sie nicht mehr das Ziel haben, 2013 eine vollständige Umsetzung des GBS-Modells zu haben. Und die Frage ist: Haben Sie überhaupt das Ziel, eine flächendeckende oder eine vollständige Umsetzung des GBS-Modells zu haben, oder sagen Sie, das kann auch in den nächsten Jahren, Jahrzehnten parallel laufen, und wenn eben 50, 60 Prozent der Schulstandorte entsprechend auf GBS-Modell fahren und andere eben nicht, ist das auch in Ordnung? Da würde ich gern einfach wissen: In welche Richtung stellen Sie sich die Entwicklung da weiter vor?

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Ich bezeichne diese Schulen als Ganztagschulen, es ist eine neue Form der Ganztagschule. Wir haben in der Fachsprache die Begriffe Ganztagschule nach Rahmenkonzept, das sind die Ganztagschulen schulischer Prägung, in der die Schule auch für den kompletten Nachmittag mit zuständig ist und ihn direkt gestaltet. Und wir haben diese neue Form der Ganztagschulen abgekürzt GBS genannt, wo der Hortträger den Nachmittag gestaltet. Ich finde es, glaube ich, nicht vernünftig, wenn wir in der Öffentlichkeit diese neue Form der Ganztagschule nicht als Ganztagschule bezeichnen, sondern als irgendetwas Komisches dazwischen. Da muss man dann noch Begriffe finden und man eiert herum mit Abkürzungen wie GBS und Ähnliches. Ich glaube, dass es wichtig ist, allen Beteiligten deutlich zu machen, dies ist ein hervorragendes Angebot. Und wenn man mit den Eltern und Kindern spricht, dann ist aus deren eigener Wahrnehmung heraus hier es nicht gerechtfertigt, so zu tun, als ob das nur eine halbe oder eine unvollständige oder irgendwie seltsame Ganztagschule ist, sondern wir sollten, glaube ich, gemeinsam daran arbeiten, bei aller begrifflicher Schärfe, die man im politischen Raum sicherlich braucht, im öffentlichen Diskurs zu sagen, das sind ordentliche Schulen und das sind Ganztagschulen. Aber wie gesagt, die Binnendifferenzierung ist: einerseits die Ganztagschule nach Rahmenkonzept, eine schulische Form der Ganztagschule, und einmal die ganztägige Betreuung an Schulen, GBS, wo der Nachmittag von einem Hortträger gestaltet wird.

Ich will auch begründen, warum ich es für nicht richtig halte, in dem öffentlichen Diskurs solche Unterschiede zu machen. Weil sich schon in der Vergangenheit gezeigt hat, dass auch rein schulisch organisierte Ganztagschulen sehr wohl mit entsprechenden Hortträgern zusammengearbeitet haben, weil wir eine Reihe von Schulen haben, die zwar eine Ganztagschule nach Rahmenkonzept sind, die aber ihre Budgetmittel, die sie zur Verfügung haben, Sie wissen, dass eine Ganztagschule nach Rahmenkonzept für die Nachmittagsbetreuung, ich meine, 40 Prozent Lehrerstellen, 40 Prozent Sozialpädagogen und 20 Prozent Honorarmittel bekommt, die zum Teil diese Mittel umwandeln, um ebenfalls Träger aus dem Kita-Bereich einzubinden. Und hier kann man schon erkennen, wie beide

Bereiche auch jeweils Facetten des anderen Bereichs mit aufnehmen. Deswegen würde ich doch dazu raten, diese Schulen im öffentlichen Diskurs als Ganztagschulen, wenn es auch eine neue Form der Ganztagschule ist, zu bezeichnen.

Ihre zweite Frage betraf die Frage der zeitlichen Perspektive. Der Senat hat ganz klar vor, dass wir mit dem Ziel diese Politik gestalten, in einem absehbaren Zeitraum sämtliche Grundschulen mit Ganztagsangeboten, jetzt bleibe ich einmal politisch etwas vorsichtiger, auszustatten. Und deswegen werden wir dann, wenn das in großem Umfang gelungen ist, natürlich auch keine Horte mehr in der Stadt als Parallelmodell brauchen. Das ist aus meiner Sicht selbstverständlich. Eine Entwicklung, die keineswegs ungewöhnlich ist, sondern die es beispielsweise in Berlin oder in Nordrhein-Westfalen so oder so ähnlich ebenfalls gegeben hat, denn wir wollen ja möglichst neue, zusätzliche Plätze schaffen. Und da muss man ehrlich abwägen und sagen, wenn wir über 10 000 Kindern vermutlich die Chance geben wollen, jetzt auch ein Ganztagsangebot wahrzunehmen, dann können wir uns am Ende keine Parallelität von zwei Systemen mehr leisten, dann müssen wir ein System fahren. Übrigens ein System nur aus der Sicht von oben, denn tatsächlich ist ja in dieses System der Hort sehr wohl mit eingebunden mit seinen eigenen Angeboten, die er dann an der Schule unter dem Dach der Schule macht. Aber dann noch in der Stadt weitere Hortangebote zu haben, macht keinen Sinn. Wer das will, der muss dann auch öffentlich sagen, dass wir das dann teuer bezahlen müssen, indem wir vielen Kindern nicht die Chance geben können, solche zusätzlichen Ganztagsangebote wahrzunehmen.

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. Robert Heinemann: Herr Senator, ich habe nur deshalb nachgefragt, weil Sie eben bei Schalthoff ausdrücklich gesagt haben, dass die ganztägige Betreuung für Sie keine Ganztagschulen sind. Deshalb, finde ich, sollte man denn einmal diesen Begriff – doch, das haben Sie genau da gesagt –, deshalb sollte man diesen Begriff einfach noch einmal klären. Es ist ja auch in Ordnung, wenn Sie davon sprechen, dann können wir es auch einheitlich tun. Die Frage der Zeitschiene würde mich aber trotzdem noch einmal interessieren. Sie haben gesagt: langfristig. Bis wann erwarten Sie denn, dass es dann keine Horte mehr gibt in Hamburg.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Da sind wir zurzeit in Gesprächen. Das ist eine Sache, die wir sorgfältig planen müssen, denn Sie wissen selber, dass die Schulkonferenzen ein maßgebliches Mitentscheidungsrecht haben über die Frage, wann eine Schule Ganztagschule wird und wann nicht. Sie wissen, dass wir auch die entsprechenden Räume ausstatten müssen. Ich glaube, es sind neuerdings ja auch Vertreter der früheren Regierungsfractionen, die mehrfach gesagt haben, man müsse das entschleunigen. Das alles gilt es abzuwägen und sich genau anzugucken. Deswegen kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau sagen, wann wir damit fertig sind. Wir haben bisher in den öffentlichen Gesprächen aber deutlich gemacht, dass wir in dem hohen Tempo, das es jetzt gibt, entsprechend weitermachen wollen.

Und das hohe Tempo stellt sich wie folgt dar. Wir haben, nach meiner Kenntnis, abgesehen von den bestehenden Ganztagsgrundschulen, die viele Vorgängerregierungen in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben, von der direkten Vorgängerregierung die sieben Pilotschulen und dann indirekt, von unserer Regierung letztlich veranlasst, in einem zweiten Schritt 15 weitere GBS-Modellschulen an den Start gebracht. Dieses Mal rechnen wir mit fast 40 entsprechenden Schulen. Das ist eine sehr, sehr hohe Quote, das hat es noch nie in Hamburg gegeben. Es hat es noch nicht einmal gegeben, dass halb so viele Schulen geschafft wurden, insofern ist das eine riesengroße Herausforderung für alle Beteiligten. Und wenn man sich dieses Tempo anguckt, dann hat man auch ein Gefühl dafür, wie das weitergehen kann, aber das kann man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht definitiv sagen,

wann das zu Ende sein wird. Wir werden ja auch eine Drucksache entwickeln, wir werden noch viele andere Parameter einstellen, aber – das hatte ich am Anfang gesagt – wir machen unsere Hausaufgaben Schritt für Schritt. Der Landesrahmenvertrag war die eine Hausaufgabe, die nächste Hausaufgabe war, die Evaluation vorzulegen, das haben wir gemacht, die Gebühren vorzustellen, und auch diese Hausaufgaben werden wir in Kürze erledigt haben.

Vorsitzender/Abg. Dr. Walter Scheuerl: Vielen Dank. Jetzt habe ich als Nächstes mich selbst auf der Liste und dann Frau Blömeke.

Herr Senator, bei der Pressemitteilung gestern kam als frohe Botschaft, die Eltern seien zufrieden. Über die Kinder haben sie nur gesagt, dass die kritisiert haben, dass sie ihr eigenes Spielzeug nicht mitbringen könnten. Darüber kann man sicher nachdenken. Ich würde gerne unser Augenmerk lenken auf eine Frage, die den Kindern gestellt worden ist bei der Evaluation, nennen wir es einmal ruhig heute so, wie zufrieden sie nämlich ..., wie ihnen der Nachmittag gefällt. Das ist die Grafik auf Seite 33. Ich habe die einmal vergrößert mitgebracht, damit sie sehen, wie die ungefähr aussieht. Aus dieser Grafik geht hervor, dass mit der Schule an sich, also insbesondere mit dem Unterricht, 77 Prozent der Kinder in den Pilotschulen zufrieden sind, 77 Prozent sind mit der Schule zufrieden und also auch mit dem Unterrichtsgeschehen und so weiter. Jetzt würde man an sich als Vater von Kindern oder als Mutter von Kindern erwarten, dass, wenn die Kinder schon mit der Schule zufrieden sind, sie dann eigentlich mit dem Nachmittag, wo es ans Spielen mit den Freunden geht und alles noch ein bisschen lockerer und ungezwungener wird, erst recht zufriedener seien. Das Gegenteil ist der Fall. Aus der Grafik ergibt sich, dass mit dem Nachmittagsangebot gerade einmal nur noch 44 Prozent der Kinder zufrieden sind und alle anderen sagen, sie sind entweder unzufrieden oder sie wissen nicht, ob sie damit zufrieden sind. Also, jedenfalls sind die Kinder insgesamt mit dem Nachmittagsangebot deutlich weniger zufrieden als mit der Schule am Vormittag. Wie erklären Sie sich das?

Und dann nur noch eine weitere Frage zu den Eltern. Sie haben gesagt, die Eltern seien insgesamt zufrieden. Wenn man sich die Grafik der Evaluation auf Seite 28 anguckt, dann stellt man fest, dass die große Mehrzahl der Eltern – das erreicht Zustimmungswerte zum Nachbesserungsbedarf, der gesehen wird, von deutlich über 2,5 – bei Musik, Kreativität, Sport, Bewegung, speziellen Förderangeboten, Sprach- und Lernproblemen, Entspannungsmöglichkeiten, Hausaufgaben, Mittagessen, Spielen, Lernen, Unterrichtsmaterial, Raumangebot, Anzahl der Betreuer erheblichen Nachbesserungsbedarf sehen. Das ist alles gestern in der Pressemitteilung unterschlagen worden. Da würde ich nur gerne Ihre Einschätzung haben, woran das liegt, dass das nicht mit in die Pressemitteilung eingeflossen ist. Aber die Kinder interessieren mich an der Stelle noch mehr. – Herr Senator

Senator Rabe: Zunächst einmal bin ich jetzt in der wunderlichen Situation, eine Schule zu verteidigen, eine Studie zu verteidigen und eine Pilotschule zu verteidigen, die eine Vorgängerregierung auf den Weg gebracht hat, in genau dieser Konstellation auf den Weg gebracht hat, eine Vorgängerregierung, die auch genau diese Rahmendaten gesetzt hat, und jetzt kommt die Auswertung, und jetzt höre ich von den Abgeordneten der Vorgängerregierung, dass wir zu freundlich seien und dass es alles viel schlechter sei, was die Vorgängerregierung gemacht hat. Wenn Sie unbedingt wollen, Herr Scheuerl, dann sage ich ganz laut noch einmal, ja, man kann das besser machen. Was die Vorgängerregierung da gemacht hat, war noch nicht optimal und deswegen haben wir selbstverständlich den Landesrahmenvertrag deutlich nachgebessert. Dennoch bitte ich Sie, bei Ihrer Darstellung nicht nur darauf zu achten, hier in der Öffentlichkeit einen Effekt zu erzielen, sondern wahrhaftig auch mit der Sprache, zu bleiben. Wir gucken uns das einmal an. Die von Ihnen inkriminierten Statistiken finden sich ja in dieser Studie wieder. Und da heißt die wahre Frage, Herr Scheuerl: Wie findest du deine Schule insgesamt? Da steht nichts von Unterricht. Das muss man deshalb auch ein bisschen differenzieren. Es war nicht die Abwägung zwischen Unterricht am Vormittag und Ganztagsangebote am Nachmittag,

sondern es war die Frage zur Haltung gegenüber der Schule insgesamt, und das ist schon ein Unterschied. Dass da die Schule recht gut abschneidet, kann man im Großen und Ganzen beinahe sich ausrechnen. Ich würde auch gespannt darauf gewesen sein und habe mich ein bisschen geärgert, die Frage fehlt nämlich: Wie findest du den Vormittagsunterricht? Und ich kann mir vorstellen, dass das möglicherweise anders ausgefallen wäre, aber das ist rein spekulativ. Dennoch, hier haben wir beim Nachmittag folgende Zustimmungswerte und Ablehnungswerte. Sie haben gesagt, dass nur 44 das gut finden und alle anderen eigentlich nicht. Na ja, so kann man es auch sagen, man kann aber auch sagen, dass nur 8 Prozent es schlecht finden, 48 Prozent sind unentschieden und 44 Prozent finden es gut. Also, das heißt, fünfmal mehr finden es gut als schlecht, aber es ist trotzdem ein Zustimmungswert, an dem man noch arbeiten kann, völlig richtig.

Und die Punkte, an denen zu arbeiten es sich lohnt, fand ich aber auch spannend. Es waren weniger systemische Punkte, wo man jetzt als Schulsenator oder Finanzsenator mit viel Geld irgendetwas machen könnte, sondern es waren Punkte, wo man sagen könnte, hier sind zwei neue Einrichtungen in einem Gebäude, die müssen aufeinander zugehen und die müssen auch noch ihre Erfahrungen sammeln und da ist viel zu tun. Aus dem Stegreif so etwas zu machen, ich habe mich gerade unterhalten mit der Schulleiterin der Schule Arp-Schnitger-Stieg, das ist eine große Aufgabe. Und ich habe mir noch einmal schildern lassen, was die Schulleitungen da investieren müssen, damit das alles klappte. Und wenn man dann eben merkt, dass dann unmittelbar danach bei diesen Pilotstandorten evaluiert wird, dann habe ich den Eindruck, da ist auch noch Spiel für Verbesserungsmöglichkeiten. Um solche Sachen dreht es sich dabei wie Spielsachen, Beteiligung, sicherlich auch die Qualität der entsprechenden Angebote. Ich darf übrigens zur Qualität auch sagen, die wissenschaftliche Leitung der Studie äußert den Verdacht, dass zwar in der Tat sich die Eltern eine höhere Qualität im Freizeitangebot wünschen, sie sagt aber auch – das ist kein Verdacht, das ist ein Fakt –, sie sagt aber auch, sie hat den Eindruck gewonnen – das ist allerdings nicht empirisch belegt –, den Eindruck gewonnen, dass die Eltern gegenüber den Ansprüchen im Hortbereich bei der Schule auch höhere Maßstäbe anlegen und auch einen höheren Maßstab haben wollen und deswegen auch höhere Anforderungen stellen. Das muss man alles berücksichtigen. Ich finde, dafür, dass es sich um sieben Pilotschulen handelt, die nicht so gut ausgestattet waren, wie wir es jetzt in der Fläche hinbekommen, die vielfältig Neuland beschritten haben, diese Zustimmungswerte ordentlich, dass sie verbessert werden können, will ich Ihnen gern zugestehen.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Blömeke, bitte.

Abg. Christiane Blömeke: Ja, danke schön. Ich würde auch gern noch einmal auf die Gebührenstruktur zurückkommen und würde jetzt auch bitten, dass wir über das SPD-Konzept jetzt sprechen, wie es jetzt aussieht. Dass die Vorgängerregierung da sicherlich auch Maßnahmen getroffen hat, ist unbestritten, aber wir wollen ja jetzt zu dem Konzept kommen, was Sie vorgelegt haben. Und da würde ich gerne noch einmal einen Punkt ..., auf das Mittagessen zurückkommen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Senator, dann haben Sie gesagt, in der Vorschule wird sozial gestaffelt und ab Klasse 5 kann aber aus den Gründen, die Sie aufgeführt haben, keine soziale Staffelung gemacht werden, aber Sie haben von einer, ich will es mal nennen Geld-zurück-Garantie gesprochen. Das heißt, wenn also sozusagen irgendetwas teurer wird an diesem Essen als vorher im Hortsystem, dann würde man in Individuallösungen das Geld zurückbekommen. Da würde ich gern noch einmal mich vergewissern, ob ich das richtig verstanden habe, diesen Punkt.

Dann zu den Gebühren auch noch einmal. In der Pressemitteilung gestern gab es Rechenbeispiele, die belegen sollten, dass es nicht teurer wird. Da habe ich einfach eine Verständnisfrage, und zwar haben Sie ein Fallbeispiel gebracht von einer Familie, Normalzahler will ich mal sagen, in der Spätbetreuung 16 bis 18 Uhr, die muss zahlen zweimal 30 Euro im Monat, sind also 60, und acht Wochen Ferien möchte diese Familie in Anspruch nehmen, haben Sie gesagt, 8 mal 10 Euro sind 140 Euro monatlich zusammen.

Das habe ich nicht ganz verstanden, weil diese acht Wochen Ferien, da habe ich gedacht, die brauchen diese 80 Euro nur in den Ferienmonaten zu zahlen. Wenn ich das jetzt richtig verstehe, müssen die sozusagen diese 80 Euro Ferien nicht nur in den acht Wochen Ferien bezahlen, sondern das ganze Jahr über hinaus. So verstehe ich jedenfalls ihre Pressemitteilung. Das heißt, sie zahlen also einmal 60 Euro Gebühr für die Randzeiten und dann komplett aber sozusagen das ganze Jahr 140 Euro, weil sie die 80 Euro für die Ferien noch haben. Das war für mich nicht logisch. Also, ich denke, wenn man Ferienbetreuung in Anspruch nimmt, dann tut man das in der Zeit, wo man das macht. Warum müssen die das ganze Jahr über die Ferienbetreuung bezahlen, wenn ich das richtig verstanden habe?

Dann eine dritte Frage noch. Im Landesrahmenvertrag wird sehr oft oder wird ausschließlich von den Klassenstufen 1 bis 8 gesprochen. Sie sagen aber immer eigentlich nur Klasse ..., also reden sowieso viel über die Grundschule, dann 5 bis 6, und eben haben Sie noch bis 7 erweitert. Was ist denn mit den Achtklässlern? Welche Gebührenstruktur erwartet die? Ich meine, im Moment, haben Sie völlig recht, sind es wenig Kinder, aber dieses Konzept ist ja gerade darauf ausgerichtet, unabhängig von der Berufstätigkeit zu sein, das heißt, wir erwarten demnächst wahrscheinlich mehr Kinder im Betreuungssystem. Und da würde ich gern noch einmal wissen, was auf die Achtklässler zukommt, in welchen Betreuungskreis oder Vergütungskreis die gehören.

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Darf ich nur noch einmal ein Stichwort zur ersten Frage hören? Weil, am Anfang dachte ich, ich wollte gleich antworten, und dann kamen immer mehr Fragen. Ich habe die jetzt nicht mehr ganz im Kopf.

Abg. Christiane Blömeke: Da hatte ich nur nachgefragt, ob ich Sie richtig verstanden hatte, Vorschule sozial gestaffelt, keine soziale Staffelung ab Klasse 5, aber Geld-zurück-Garantie.

Senator Rabe: Frage 1, Antwort ist Ja. So ist es, genau so, wie Sie es dargestellt haben.

Abg. Christiane Blömeke: Bis Jahrgang 8?

Senator Rabe: Richtig, ja. Frage 2, fehlt mir jetzt im Moment auch noch einmal das Stichwort, da hatte ich mir notiert: auch Ja. Ach so, Ihr Beispiel, richtig, mit den Kosten und den Gebühren und den Tages- und Monats- und Wochen- und sonstigen Sätzen. Aber es ist genau so, wie Sie es dargestellt haben. Darf ich sagen, es ist jetzt eine Frage der Abrechnungsmodalitäten. Man kann theoretisch auch eine Tagesgebühr, eine Wochen- oder eine Jahresgebühr, oder man kann an einigen Monaten mehr und an anderen weniger zahlen. Uns schien es am einfachsten zu sein, wenn die Eltern einen Monatsbetrag zahlen. Und insofern haben Sie vollkommen recht, wer acht Wochen Ferien bucht, zahlt jeden Monat für jede Woche der Ferien einen 10 Euro höheren Gebührensatz, wenn er also acht Wochen über das Jahr bucht, sind das acht mal 10 Euro, 80 Euro, die er jeden Monat mehr zahlt, 80 Euro jeden Monat mehr plus die beiden Randstunden, insofern waren wir bei 140 Euro. Wir haben uns übrigens, das ist ja in der Pressekonferenz auch überlegt worden, ob eine Ferienwoche dadurch nicht sehr teuer ist, aber ich kann Sie beruhigen. Wir haben uns genau die Staffeln der jetzigen Horte, wo man ja auch Ferien buchen kann, danebengelegt, und da ist das genauso. Und deswegen sind wir hier gar nicht bange, sondern haben eine Gebührenstaffel, die dem entspricht, was wir da jetzt haben. Aber trotzdem, Frage 2 auch ein klares Ja.

Und Frage 3, um welche Schülerinnen und Schüler geht es? Der Rechtsanspruch besteht für die Schülerinnen und Schüler bis 14 Jahre und der bleibt auch bestehen. Verzeihen Sie mir meine begriffliche Unschärfe. Weil es ein Wortprotokoll ist, sage ich deshalb noch einmal ausdrücklich, sollte ich nur die Klassen 5 und 6 oder 7 erwähnt haben, ist in Wahrheit

gemeint, Schülerinnen und Schüler bis zum Alter von 14 Jahren, die sind nämlich inkludiert in diesem entsprechenden Angebot.

Vorsitzender: Eine Nachfrage?

Abg. Christiane Blömeke: Okay, das erklärt, warum es bis Jahrgang 8 im Rahmenvertrag geht, weil da auch 14-Jährige vorkommen. Aber noch einmal zurück zu dieser Feriengeschichte, dann ist es doch aber irgendwie irreführend, finde ich, wenn Sie in Ihrer Pressemitteilung schreiben, dass eine Ferienwoche 10 Euro kostet. Und dann beschreiben Sie noch und sagen, wenn jemand vier Wochen Ferien bucht im Jahr, sind das 40 Euro. Dass er diese 40 Euro jeden Monat bezahlen muss, das geht erst bei näherem Hinsehen aus Ihrem Rechenbeispiel hervor, also dadurch ist die Ferienwoche nicht 10 Euro, sondern eben eigentlich, ja, anders gerechnet viel höher, wer mathematisch jetzt ganz schnell ist, kann das sofort ausrechnen, also auf jeden Fall finde ich das sehr irreführend, was dann sozusagen in der Pressemitteilung so öffentlich kundgetan wird.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Ja, aber ich muss ganz ehrlich sagen, das hat auch keiner der anwesenden Journalisten als Irreführung empfunden, weil das genau dort so in der Pressemitteilung steht. Die Gebührentabelle groß, und dann kommen drei Zeilen, da steht, die in der Tabelle genannten Gebühren sind Monatsbeiträge, die zwölf Monate im Jahr zu zahlen sind. Das steht sogar gleich in der ersten Zeile, das ist genauso groß oder klein, wie der Rest des Textes und es steht direkt über der Tabelle. Wir waren der Meinung, dass es verständlich ist.

Vorsitzender/Abg. Dr. Walter Scheuerl: Dann habe ich noch eine direkte Nachfrage dazu, was eine Ferienwoche ist. Das hört sich auf den ersten Blick platt an, aber es gab in der Vergangenheit von Eltern oftmals Fragen. Wenn nämlich Ferien am Donnerstag anfangen, bei den Sommerferien ist das ja häufig der Fall, und dann bis zum Mittwoch der, im Prinzip, siebten Kalenderwoche darauf gehen, da gab es früher gelegentlich dann plötzlich die Auffassung, dass die Ferienwoche jeweils die angefangene ist. Sind fünf Tage am Stück, fünf ausgefallene Schultage eine Ferienwoche, oder würden die Sommerferien über diese, Donnerstag geht es los und bis Mittwoch sind die Ferien, sieben Wochen bedeuten zu buchen?

Senator Rabe: Ich beschäftige mich zum Erschrecken meiner Behörde mit vielen Details, aber hier bin ich überfragt. Herr Bratsch, können Sie uns weiterhelfen?

Herr Bratsch: Ja, ich hoffe, dass ich das kann. Wir sind noch nicht ganz am Abschluss dieser Regelung, aber wir haben vor, eine Sockelwoche einzuführen für alle Tage, die als Einzeltage im Laufe des Jahres ankommen und zum Beispiel solche angefangenen Wochen beinhalten. Und ansonsten, wenn wir diese eine Sockelwoche zugrunde gelegt haben, wird der Rest in ganzen Wochen abgerechnet.

Vorsitzender/Abg. Dr. Walter Scheuerl: Gestatten Sie mir eine Verständnisfrage. Praktisches Beispiel, die Sommerferien fangen am Donnerstag den, Beispiel, 17. Juni an und die Familie entscheidet sich, in der übernächsten Ferienwoche zu verreisen. Die Familie bucht also diesen Donnerstag, Freitag Ferien, am Anfang, und die Woche darauf. Sind das dann zwei Ferienwochen, oder was machen Sie mit den beiden Wochen? Kosten die 20, mal, als Monatsgebühr oder kosten die 12,50?

Herr Bratsch: Die 12,50 habe ich nicht verstanden, aber es ist so, dass ich nicht annehme, dass nur diese zwei Tage als Einzeltage anfallen, sondern dass auch unterjährig wir oftmals einen Tag oder zwei Tage noch haben. Deswegen noch einmal diese Sockelwoche, die das mit abdeckt. Ich glaube nicht, dass im Einzelfall dann mehr als ganze Wochen auftreten.

Vorsitzender/ Abg. Dr. Walter Scheuerl: Das liefe also dann auf eine 2-Euro-pro-Tag-Monatsgebühr raus?

Herr Bratsch: Nein, nicht auf eine 2-Euro-pro-Tag-..., sondern auf eine Sie meinen, zwei Tage müsste man dann den vollen Betrag bezahlen. Davon gehe ich nicht aus, aus dem eben genannten Grund.

Senator Rabe: Wenn ich mich da noch einmal erklärend einmischen darf. Wir müssen auch berücksichtigen, dass in der jetzigen Regelung bei den Horten, wenn ich es richtig erinnere, man keine Einzelwochenferien bucht, sondern nur die Regelung kennt, ganz oder gar nicht. Die Tatsache, dass wir überhaupt eine Staffelung einführen nach Wochen, wird viele Eltern entlasten. Weil wir in unseren Berechnungen zwar zugrunde legen, wenn einer, wie bisher beim Hort, alle Ferien buchen würde, also niemals nicht seine Kinder aus der ganztägigen Betreuung entlässt, dann sind wir gleich teuer. Aber anders als bei dem Hortsystem kann man jetzt auch Ferienwochen abwählen, darf ich es einmal so formulieren. Und daran gemessen sind wir auch hier preiswerter als das bisherige System. Da mag es im Einzelfall um den einen Dienstag noch Auseinandersetzungen geben, aber gemessen am Hort sind wir genau durch diese Möglichkeit, die wir da geschaffen haben, auf jeden Fall billiger.

Vorsitzender: Frau Blömeke hat noch eine Nachfrage.

Abg. Christiane Blömeke: Ja, nur noch einmal eben kurz, wie ist das mit der Festlegung, wie viel Ferien man denn machen möchte im Jahr? Also, geht das immer am Anfang eines Schuljahres, dass man sich da schon entscheiden muss, nächstes Jahr machen wir komplett acht Wochen Ferien? Weil, ich meine, wenn man dann den ganzen Betrag durchzahlt. Wann müssen sich die Eltern festlegen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Wir sind noch in Abstimmungen. Wir hatten vorgesehen, dass mindestens an zwei Terminen, halbjährig sozusagen, eine präzise Buchung oder eine Buchungskorrektur erfolgen kann. Wir prüfen zurzeit, ob wir das System sogar noch weiter flexibilisieren können, weil wir vermeiden wollen, dass die Eltern praktisch im schlimmsten Fall sogar ein Jahr im Voraus planen müssen. Allerdings will ich auch darauf hinweisen, die Buchung betrifft erst einmal nur die Anzahl der Ferienwochen, wo die dann liegen, das kann unterjährig ohnehin mit dem Träger direkt abgestimmt werden, sodass man jetzt keineswegs sagen muss, ich will im nächsten Juli vom 3. bis 21. jetzt, was weiß ich, nach Eutin zum Campen fahren, sondern das kann man noch unterjährig flexibel handhaben. Dennoch wünschen wir uns, dass nicht nur halbjährlich, sondern vielleicht auch noch mehr Flexibilitäten möglich sind.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Heinemann und dann Herr Yildiz.

Abg. Robert Heinemann: Also, ich würde gern einmal etwas an das größere Thema einmal heran. Wir sind ja, gemeinsam stehen wir ja vor einer großen gesellschaftlichen Veränderung und egal, wer gerade regiert, hat dort eine nicht einfache Aufgabe zu bewältigen, weil die Anforderungen natürlich der Eltern zunehmen, sowohl was die Quantität der Betreuung anbelangt, was auch die Qualität anbelangt. Wenn man gleichzeitig irgendwo unser Halbtagsystem, was so gewachsen ist und ja auch durchaus seine Erfolge hat, irgendwie umkrempeln muss. Und dann habe ich von Ihnen ja einmal im Interview gelesen in "Der Welt", wo Sie gesagt haben, ich zitiere einmal: "Es gibt viele Interessengruppen, die sagen: Ich kann meinen Flötenunterricht oder den Konfirmandenunterricht nicht mehr geben, die Kinder sind nachmittags nicht [mehr] da." Nun kann man die Kirche als Interessengruppe bezeichnen oder nicht, das lassen wir einmal dahingestellt, aber in der Tat ist dort ja ein Problem beschrieben, was real da ist. Und das Problem trifft man überall, wenn man mit Vereinen spricht, wenn man mit der Ballettlehrerin spricht, wenn man mit dem Pastor spricht,

überall trifft man auf genau dieses Problem, dass die sich fragen, wo bleiben denn die Kinder in der Zukunft? Und meine Frage ist, wie stellen Sie sich diese neue Modell vor?

Ich behaupte nicht, dass ich eine Patentantwort darauf habe. Aber wie stellen Sie sich sozusagen diese neue Gesellschaft vor, diese neue Stadtgesellschaft, in der wir leben? Welche Rolle haben die Vereine dann dort noch, welche Rolle hat die Ballettlehrerin dort noch, welche Rolle hat die Jugendmusikschule mit ihrem Einzelunterricht, mit dem Gruppenunterricht ist es einfach, aber mit dem Einzelunterricht? Welche Rolle hat dort die Kirche, wann findet der Konfirmandenunterricht statt? Also wie stellen Sie sich diese Gesellschaft in der Zukunft vor? Wie stellen Sie sich die Koordination dieser verschiedenen Aktivitäten vor? Weil wir ja eben nicht in Amerika sind, wo das sowieso alles die Schule organisiert, sondern wir eben die ganzen privaten und freiwilligen und ehrenamtlichen Organisationen haben. Und wir hatten ja einmal einen Antrag gestellt in der Bürgerschaft, ob man nicht einmal die Schulen auch entsprechend ertüchtigen müsste mit Kräften, die das tun. Weil, ich habe den Eindruck, es gibt natürlich hoch engagierte Schulleiter, die da ganz, ganz viel machen, aber die sind natürlich langsam an ihren Grenzen, was die dort organisieren können und ich habe bisher auch noch nicht den Eindruck, dass die regionalen Bildungskonferenzen sozusagen der letzte Weisheit Schluss sind dort und das alles entsprechend lösen können, bis hin zu den Fragen, auf die wir dann kommen im gesamten Bereich der offenen Jugendarbeit, und dann sind wir ja auch genau im richtigen Ausschuss. Also, wie verzahnen wir das eigentlich und wer übernimmt eigentlich die Sozialraumbetreuung dort inklusive der Budgetverwaltung? Ist das nicht irgendwann auch ein schulisches Thema? Wir hatten einmal, als wir die Stadtteilschule Stadtteilschule nannten, genau darüber nachgedacht, ob die Stadtteilschule nicht so eine Art Nukleus im Stadtteil werden muss. Und das gilt natürlich dann hier auch für die Grundschule. Aber mich würde einmal interessieren, welche Idee, welche Vision Sie denn von einem Hamburg 2020 haben. Wie sieht dann Hamburg aus in dieser Struktur nach Ihren Vorstellungen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Vielen Dank. – Herr Pörksen, bitte.

Staatsrat Pörksen: Das ist, Herr Heinemann, ein sehr wichtiger Punkt, den Sie ansprechen, der auch durchaus schon an verschiedenen Stellen Diskussionsgegenstand gewesen ist. Ich will nur einige Beispiele nennen. Wir haben uns, Herr Staatsrat Voges und ich haben uns zu genau diesem Thema getroffen mit Vertretern des Bereichs Sport, mit dem Landesjugendring, mit dem Bereich Stadtteilkultur, Musikschule war vertreten, Volkshochschule, um genau über solche Modelle zu reden. Wir haben Termine gehabt mit dem Verband der offenen Kinder- und Jugendarbeit, wir haben in der letzten Woche noch einmal auch ein Gespräch ausführlich noch einmal mit dem Landesjugendring gehabt.

Es ist so, das in der Tat sich die Jugendarbeit verändern wird und sich darauf einstellen wird und muss und das auch tut. Wir haben im Landesrahmenvertrag ausdrücklich vorgesehen, dass es nach der Erstentscheidung, mit wem die Schule als Betreuung zusammenarbeiten möchte, sogenannte zweite Runde Tische, zweite Runden gibt, um mit Angeboten aus dem Stadtteil, insbesondere Sport, aber auch andere Jugendangebote zweite Runde Tische gibt, um über das Nachmittagsprogramm zu sprechen, um eventuell auch aus dem pädagogischen Budget, was vorgesehen ist, Aktivitäten bezahlen zu können, und wo es genau um die Frage geht, wer kann hier sozusagen an Schule kommen, in Schule kooperieren. Wir haben gehört, dass die Musikschule dazu schon Modelle hat, es gibt im Sport schon unterschiedliche Modelle dazu. Und es ist so, dass alle, die sich darauf zubewegen und sich daran anpassen, die werden von dem System auch profitieren können, die werden auch mehr Kinder erreichen, als vielleicht bisher. Aber das wird natürlich zu Veränderungen führen. Und wir haben auch gerade mit dem Landesjugendring neulich verabredet, dass wir auch gucken müssen, wie wir auch im Hinblick auf Freiräume, auf Selbstverwaltung und dergleichen zu Modellen kommen, wie man voneinander profitieren

kann. Ich kann nur sagen, in einigen Schulen ... Ich war vor einiger Zeit in der Schule in der Thadenstraße, da sieht man ganz lebendig, wie das gut funktioniert. Und das entwickelt sich. Aber das wird auch seine Zeit brauchen.

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. Robert Heinemann: Also ich habe überhaupt gar keine Zweifel, dass große Sportvereine mit ihrem Fußballangebot dort in die Schulen gehen können und tolle Kooperationen machen können. Die Frage ist nur, wir haben eine unglaubliche Vielfalt in Hamburg, und droht diese Vielfalt nicht völlig kaputtzugehen? Also ich habe mit der Jugendmusikschule gesprochen, das ist ein Dreivierteljahr her, und die haben kein Modell zu dem Zeitpunkt gehabt, wie sie ihren Individualunterricht machen können. Gruppenunterricht, alles gar kein Problem, aber den Leistungsunterricht für den einen, der entsprechend bei dem Geigenlehrer sozusagen Geige auf höchstem Niveau lernt, da hatten sie noch kein Modell für, wie sie das entsprechend organisieren.

Ich habe auch keine ..., also ich behaupte nicht, dass ich dafür eine Lösung habe, ich sage nur, wir haben dort ein Problem, dass wir eine unglaublich vielfältige Angebotsstruktur im Moment in Hamburg haben. Und dann nimmt eben ..., ein Kind aus der Schule macht Hockey am Nachmittag, und die anderen spielen eben Fußball, und der Dritte Handball und der Vierte Eishockey und der Fünfte Basketball und der Sechste irgendwas. Die kann man jetzt alle eindampfen und bietet dann einmal Fußball an und einmal Volleyball und das war es dann. Und natürlich findet dann trotzdem was Lebendiges in der Schule statt, aber eben alle Angebote, die nicht so Mainstream sind, gehen dann irgendwo links und rechts bei unter oder werden an irgendeiner Schule noch irgendwo in Hamburg angeboten.

Und deshalb die Frage: Gibt es Ideen, gibt es Modelle, gibt es Ansätze, die sagen, wie wir diese Vielfalt, die es in Hamburg ohne Zweifel gibt, diese Vielfalt auch weiter erhalten können? Wie gesagt, eine schwierige Denksportaufgabe. Aber gibt es überhaupt Überlegungen in diese Richtung? Und ich weiß, wie gesagt, die Jugendmusikschule war noch nicht so weit.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Also ich will noch mal ausdrücklich bestätigen, was Herr Heinemann sagt. Wir haben eine sehr gewachsene und sehr ausdifferenzierte Freizeit- und Kulturlandschaft in Hamburg. Und die steht im Moment vielen Schülerinnen und Schülern offen und sorgt für ein sehr hochwertiges Angebot. Und deswegen muss man in der Tat sagen, hier müssen wir aufpassen, dass uns durch die Einführung der Ganztagschule diese Angebote nicht wegbrechen. Wir wollen das vermeiden. Und wir merken, dass es eigentlich Möglichkeiten gibt, weil wir immer wieder auf einzelne Schulen treffen, die sehr lebhaft – in der Regel tatsächlich, völlig richtig vermutet, Herr Heinemann, aufgrund eines sehr gut vernetzten und sehr engagierten Schulleiters – diese Angebote in die Schule hineinbewegen und dann dort tatsächlich diese Schule damit auch zum Blühen bringen. Und wir sehen umgekehrt Schulen, die schon bei der Einführung im Ganztage derart mit organisatorischen Aufgaben befrachtet sind, dass sie gerade bis zum Schulzaun denken, und danach ist die Welt zu Ende und der Stadtteil bleibt vor der Tür.

Was wir tun müssen, ist: Einerseits institutionell dafür sorgen, dass sozusagen ein Rhythmus entsteht bei der Ganztagswerdung, der genau diesen zweiten Schritt nicht vergisst. Wir haben deshalb immer allen Beteiligten gesagt und haben es auch überall aufgeschrieben. Es muss einen zweiten Runden Tisch geben, der diese Vernetzung sicherstellt. Das ist der eine Punkt, das ist aber nur institutionell, sozusagen.

Das Zweite ist, dass wir bei allen Beteiligten auch für einen Geist der Zusammenarbeit werben müssen. Das klingt jetzt ein bisschen abstrakt und seltsam. Aber es ist, das habe ich

mehrfach gemerkt, nicht nur die Schule allein, die manchmal vergisst, dass da jenseits des Jägerzauns noch eine andere Welt war, die, vielleicht auch, weil viele Lehrerinnen und Lehrer nicht im Stadtteil wohnen, einfach nicht so gesehen worden ist. Sondern auch die andere Welt da draußen im Stadtteil ist manchmal aufgrund der Ganztagsentwicklung und so einer Haltung – ich darf mal zugespitzt sagen – so ein bisschen mucksch: Na, die wollen ja nicht mit uns spielen.

Ich persönlich habe das jetzt mehrfach in Gesprächen erlebt. Ich habe mir deshalb selber – KMK hin, KMK her – Termine freigeschaufelt und tingele durch sämtliche Bezirksversammlungen, um gerade da in Kontakt mit den Abgeordneten in den Jugendhilfeausschüssen dafür noch mal zu werben: Geht auch selber auf die Schulen zu, macht das Angebot. Manchmal ist es einfach so, dass die vor lauter Caterer, Vitamingehalt im Essen plus Zeugnisregelung plus neues Punktesystem plus ich weiß nicht was einfach den Kopf so voll haben, dass die vergessen, dass um die Ecke – ich nenne jetzt Neuallermöhe – ein wunderbares Gebäude von der Kirchengemeinde gebaut worden ist namens Spielscheune. Und das wird einfach nicht gesehen, dabei ist das eine hervorragende Möglichkeit.

Und da müssen dann auch die Stadtteilschul-Beteiligten aktiv auf die Schule zugehen. Gerade bei den Trägern der offenen Jugendhilfe haben wir mehrfach dafür geworben und merken, in dem Moment, wo die der Schule so begegnen, werden sie in der Regel mit offenen Armen empfangen. Wir müssen, glaube ich, vor allem dafür sorgen, dass es nicht vergessen wird.

Aber um Ihre Frage noch mal zu beantworten: Auf keinen Fall stelle ich mir die Zukunft so vor, Schule zieht alles an sich und ist eine eigene Welt in einem Stadtteil und austauschbar, sondern sie ist sozusagen in diesem Stadtteil vernetzt. Das ist schwierig herzustellen, aber so muss es gehen. Und darf ich sagen, seien Sie getröstet, der Aufmerksamkeitswert ist doppelt hoch. Einerseits, weil die Träger, die auch die Hortangebote haben, selber umgekehrt häufig Träger der offenen Jugendhilfe sind und uns auch bedrängen, das nicht zu vergessen. Übrigens darf man an dieser Stelle auch den Trägern einmal zurufen, Sie sollen es selbst nicht vergessen. In dem Moment, wo sie selber den Zuschlag bekommen haben für die Hortbetreuung am Nachmittag, ist manchmal der Elan nicht mehr ganz so groß, die anderen Angebote mit einzubeziehen.

Und umgekehrt, darf ich einfach mal aus dem Nähkästchen plaudern, Wortprotokoll hin oder her: Meine Schwägerin ist private Musiklehrerin und erzählt mir täglich, wie gemein das ist, was ich da tue. Und deswegen bemühen wir uns selbstverständlich, diese vielfältigen Angebote zu berücksichtigen.

(Zuruf der Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels)

Und anders, als Sie glauben, Herr Heinemann, weiß ich auch aus häuslicher Erfahrung – meine Frau ist Kirchenvorstandsvorsitzende und Ähnliches –, dass es weitere Interessengruppen gibt, die ich nicht so nennen darf, um Ihnen nicht ständig den Elfmeter wieder hinzugeben, die wir einbeziehen müssen, und insofern ist die Sensibilität da. Wir müssen nur bei allen Beteiligten zu einer Haltungsänderung aufrufen. Und in dem organisatorischen Strudel, in dem sich im Moment alle befinden, gerät das schnell unter die Räder.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Yildiz, bitte.

Abg. Mehmet Yildiz: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich meine, das Thema ist auch bisschen fortgeschritten. Ich will die Sache wieder ein bisschen auf die Anfrage runterbrechen. Aber vorab möchte ich sagen, dass wir schon für richtig halten, dass Kinder, die damals durch das Kita-Gutscheinsystem ausgegrenzt worden sind, die kein Recht auf

eine Nachmittagsbetreuung hatten, jetzt durch die GBS – wenn das auch nicht unsere Wunschvorstellung ist – aber das Recht haben, auch betreut zu werden, dass diese Ausgrenzung damit aufgehoben ist.

Ich meine, letztendlich, wir haben noch bei der letzten Bürgerschaftssitzung betont, dass die Kantinenprobleme noch, immer noch, bestehen. Dass auch Probleme in dem Stadtteil, wo man gehofft hat, dass die Beteiligung ein bisschen höher wird, wo diese Kinder, die davon vorher nicht profitiert haben, deren Anzahl auch noch gering geblieben ist. Da haben Sie auch wiederh... oder auch betont.

Ich würde gerne wissen von Ihnen: Ist es so, dass die Anzahl der Kinder im Bereich Eimsbüttel/Eppendorf, die Betreuung ziemlich hoch ist, die auch durch diese GBS ..., wie viele Eltern das in Anspruch genommen haben? Sind das auch ..., unter den viele Eltern gegeben, die damals einen Gutschein hatten, aber keinen Platz hatten, um ihre Kinder zu betreuen zu lassen. Hat das auch damit zu tun?

Und in der Großen Anfrage geht hervor, dass auch sehr viele Schüler nach Paragraph 28 einen Förderbedarf haben, bis zu 41 Prozent. Wenn Sie auf die Seite, das ist die Anlage 3, ...

(Senator Rabe: Bei der Anfrage?)

Ja, bei der Anfrage, sich anschauen, ist der Sprachförderbedarf ziemlich hoch. Auch Förderbedarf nach 45. Meine Frage ist: Bei dieser Anlage, oder bei dem Sprachförderbedarf, sind da viele Kinder mit dabei, die vielleicht durch die Viereinhalbjährigen-Untersuchung mit dazu gekommen sind? Ich will nicht sagen, Zwang, aber die auch dadurch auf die Vorschule hingewiesen werden, dass sie zur Vorschule gehen sollten und ... Das würde ich gerne wissen.

Insgesamt sind, ich habe gerechnet, sind ..., etwa 41 Prozent der Kinder haben einen Förderbedarf, die an einer Nachmittagsbetreuung teilnehmen. Kann sein, vielleicht 1 oder 2 Prozent können schwanken, aber das war der Durchschnitt.

Und Sie haben bei der Großen Anfrage auf unsere Frage 11. i. zu den Fragen, wann es, bis wann teilt die Schulbehörde den Schulen mit, ob ihr Antrag genehmigt ist, und Sie haben gesagt, dass das zurzeit nicht feststeht, aber bis Ende Januar, zum Beginn der Anmeldungen für den Jahrgang 1. Wie ist das jetzige, konkrete Bewilligung der Schulen, wie viele Schulen haben Sie zusätzlich bewilligt, an diesem Gesamtkonzept ganztägiger Bildung und Betreuung sich beteiligen können? Sie haben gesagt, dass die Anträge vorliegen. Wie viele von diesen Anträgen wurden bewilligt?

Ich habe einige Fragen, Herr Vorsitzender. Wie sollen wir vorgehen? Soll ich erst mal die Fragen beantwortet bekommen? Sonst gehen die Fragen verloren.

Vorsitzender: Herr Senator, notieren Sie sich die Fragen? Oder wollen wir einen Antwortblock machen? Was ziehen Sie vor?

Senator Rabe: Erst alle Fragen.

Vorsitzender: Herr Yildiz, dann stellen Sie alle Fragen und ...

(Abg. Christiane Blömeke: Das sind aber immer so zwei Seiten!)

Abg. Mehmet Yildiz: Nein, da brauchen Sie keine Angst haben. Ich habe direkt die Fragen auf die Anfrage bezogen.

Sie haben auf die Anfrage, wer diese Evaluation durchgeführt hat – jetzt haben wir, dass die LI das gemacht hat –, so dargestellt, dass zwei Personen da beteiligt sind und noch insgesamt 5 123 Euro zugewiesen worden sind. Wenn man die gesamte Evaluation sich anguckt, finde ich ein bisschen widersprüchlich, dass so viele Fragen durch zwei Mitarbeiter, oder das durch LI hinbekommen. Ich würde gerne wissen: Inwiefern wurden die Schulen, die Schulleiter oder die Lehrer und Fachkräfte vor Ort an dieser Arbeit mit beteiligt? Sind die einzelnen die Schulen durchgegangen und ... diese Frage-Antwort-Bögen gefüllt, oder haben die Lehrer das gemacht? Haben die Erzieher das gemacht? Das würde ich gerne wissen, weil, das ist schon ...

Und Sie... Bei der Frage 17 antworten Sie – es geht darum, auf den Personalschlüssel hinzuweisen –, Sie antworten, dass 3,7 Millionen Euro Personalverstärkung bereitgestellt werden. Zusätzlich haben Sie dann geschrieben, 5,7 Millionen Euro aus ...

(Senator Rabe: Können Sie ganz kurz noch mal zu meiner Erleichterung sagen: Wo sind Sie jetzt gerade?)

Ach so, Entschuldigung, Seite 22.

(Senator Rabe: Oder, Herr Yildiz, darf ich Sie kurz noch mal bitten, sagen Sie lieber die Frage. Es scheint auch ...!)

Ach so, Frage 17.

(Zuruf: 17! – Senator Rabe: Frage 17! – Zuruf: Das ist bei uns Seite 8! - Senator Rabe: Bei uns ist es Seite 8, gut!)

Ach, Entschuldigung, es ist Seite 8, sorry, ich habe 8 von 22, ich habe falsch gesehen.

Und da haben Sie gesagt, dass 5,7 Millionen Euro aus den Sachkostenmitteln umgewidmet werden. Insgesamt 9,1 Millionen. Nach dem Kita-Gutscheinsystem weiß ich, dass Sachkosten für Sachkosten gedacht sind. Und hier kommen Sie insgesamt nur ... einen Betrag von 9,1 Millionen Euro. Und dann rechnen Sie einen Personalschlüssel von KESS-1, KESS-2-Gebieten von 1:15,6 und bei den restlichen auf einem 18 Komma was weiß ich. Wenn Sie eine Seite weiter sich anschauen, auf die Tabelle, Seite 9 sich angucken, wie die Schüleranzahl an Gruppen sind, das ist widersprüchlich. Außer eine Schule, das ist die Schule Redder und die, zwei Schulen, Entschuldigung, Schule Burgunderweg. Durchschnittlich sind in anderen Schulen Anzahl der Schüler über 20. Ist das nicht widersprüchlich? Weil, letztendlich, Sachkosten sind für Sachkosten gedacht und Sie rechnen von dem Gesamtopf, dass man damit auch den Personalschlüssel verbessern kann. Und indirekt ..., dass die Schulen, was eigentlich für Sachkosten vorgesehen ist, in die Personalkosten fließen müssen.

Jetzt belasse ich ... dabei, aber ich melde mich noch mal gerne, weil, das ist...

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Gut. Versuchen wir jetzt noch mal, die einzelnen Fragen zu rekapitulieren. Eine Frage bezog sich auf den Anteil Sprachförderung. Ich kann Ihnen keine Korrelationen sagen zwischen dem Anteil von Sprachförderschülern und den Teilnahmen an GBS. Das haben wir so nicht erhoben, das wäre jetzt rein spekulativ. Insofern kann ich Ihnen da nicht weiterhelfen. Die Zahlen sind insofern allerdings auch sehr unpräzise, weil wir aus datenschutzrechtlichen Gründen ja immer nur angeben, ob es keine gibt oder welche über fünf. Und das kann ..., über fünf kann sechs sein oder 66, das muss man dabei auch wissen, sodass wir auch aus dieser Tabelle nicht eine so tiefe Aussagekraft gewinnen können, die uns da weiterhilft. Deswegen kann ich Ihnen da, zu der Frage, nichts sagen.

Zur nächsten Frage. Wie viele Standorte sind denn jetzt genehmigt worden? Sie hatten sich bezogen auf die Frage 11. i.: Bis wann teilt die Schulbehörde mit und wie viele sind es. Also wir haben es natürlich im Rahmen der Anmelderunde mitgeteilt. Herr Gaul, ich würde Sie kurz bitten darzustellen, um wie viele GBS-Schulen es sich gehandelt hat. Und vielleicht kann man in dem Zusammenhang auch noch mal auf die rein schulischen, die nach Landes... Wie heißt es jetzt mal noch? Dingsda..., Ihr wisst es selber, ...

(Zuruf: Rahmenkonzept!)

... Landesrahmenkonzept sind. – Herr Gaul dazu.

Herr Gaul: Wir hatten 42 Anträge und 36 sind direkt bewilligt worden im Rahmen der Schulanmelde- oder Orientierungswoche. Drei Anträge sind jetzt im Nachhinein bewilligt worden. Dort waren noch organisatorische Fragen zu klären. Und drei Anträge sind noch in der Prüfung, die werden aber auch noch bewilligt. Also insofern gehen wir von der Zahl 42 perspektivisch aus, wobei jetzt noch drei ausstehen.

Von den schulisch verantworteten Ganztagschulen haben wir sechs Anträge – und da übergibt der Senator morgen die Bewilligungsbescheide – im Grundschulbereich, und drei ergänzend kommen aus dem Stadtteilschulbereich dazu.

Senator Rabe: Jetzt zu der Frage, wie die Evaluation in Bezug auf die Lehrkräfte und die Schulleitungen vonstattengegangen ist. Nach meiner Kenntnis sind die Leitungen der Horte und die Leitungen der Schulen ausführlich befragt worden in dialogischer Befragung, und zwar durch die erhebenden Wissenschaftler. Mir ist im Moment nicht bekannt, dass auch Lehrerinnen und Lehrer beziehungsweise Erzieherinnen und Erzieher direkt in die Befragung mit einbezogen worden sind. Nach meiner Kenntnis beschränkte sich das auf die Leitungen selber. Dort gab es aber ausführliche Gespräche, die in der Studie auch dokumentiert sind.

Und dann komme ich jetzt zu den Fragen rund um das Budget. Hier möchte ich gleich an Herrn Dr. Bange weitergeben, aber eingangs Folgendes noch einmal bemerken: Wir haben hier in der Tat zusätzlich zu den ursprünglichen pädagogischen Ressourcen ein pädagogisches Budget dazu zugewiesen. Dieses pädagogische Budget kann vielfältig genutzt werden. Es kann genutzt werden, um das Personal zu verstärken. Es kann auch genutzt werden, um das, was Herr Heinemann angesprochen hat, einzubinden, nämlich die vielen Träger der offenen Jugendarbeit in irgendeiner Form einzubinden. Und dann kann das mit Kosten verbunden sein, und das wird dafür eingesetzt.

Diese vielfältige Nutzung ist nicht genau festgelegt, sie wird aber auf jeden Fall den Schlüssel zwischen Erziehungskräften und Kindern senken. Wenn die Hälfte nachmittags zum Fußball geht, dann hat der Erzieher nur noch die Hälfte vor der Nase – ich verkürze –, und die andere Hälfte sind beim Fußballtrainer des TSV ich weiß nicht was. Oder wenn davon ein Drittel lieber Schlittschuh läuft oder so etwas, dann kann das unter Umständen auch so dargestellt werden, sodass dieses pädagogische Budget faktisch den Personalschlüssel zwischen den Kindern und den Erziehungskräften oder den Pädagogen oder Betreuungskräften verringert. Das soll die Rechnung unter 18. ausdrücken, wie sie dargestellt ist.

Wenn Sie dagegen unter 21. auf die Schülerzahl der Gruppe achten, dann gilt das eben, dass die Gruppe zwar so groß ist, aber damit ist nicht ausgedrückt, dass ihr nur ein Erzieher gegenüberstehen würde. Es kann durchaus sein, dass die Gruppe häufiger geteilt wird oder bestimmte Freizeitaktivitäten wahrnimmt und insofern die Gruppengröße allein nichts über die Relation Kind - Erzieher aussagt. Das ist nur eben, dass sich da so viele Kinder angemeldet haben.

Ich darf noch ergänzen: Wir haben noch einen weiteren Faktor – ich bin mir nicht ganz sicher, ob der in der Anfrage angesprochen worden ist –, der die tatsächliche Erzieher-Kind-Relation verbessert. Und das ist die Freiheit der Eltern, nicht jeden Tag für das Kind die Teilnahme zu buchen. Tatsächlich haben wir die Erfahrung gemacht, dass an fünf Tagen der Woche wir zwar das Angebot machen, aber die Kinder in der Regel nur vier Tage in der Woche da sind. Und das heißt, eine 20er-Gruppe verteilt sich auf diese verschiedenen Tage dergestalt, dass im Kern sicherlich vielleicht am Mittwoch alle 20 da sind. Aber am Freitag sind nur zwölf da und an den übrigen Tagen vielleicht 16.

Und genau dieser Effekt muss auch noch berücksichtigt werden. Das ist für uns nur schwer zu fassen. Ich glaube persönlich, wenn das läuft und wenn wir eine Feldstudie machen und an jedem Tag durch alle Schulen gehen und die Kinder zählen und fragen gleichzeitig, wie viele Erzieher stehen denen gegenüber, dann haben wir Erzieher-Kind-Relationen, die sich denen im Hort deutlich annähern. Das haben wir auch in unserer Pressemitteilung so dargestellt. Und der Versuch, das zu erklären, ist die Antwort auf Frage 18, beispielsweise, dass das pädagogische Budget eben den Erzieher-Kind-Schlüssel verbessert und der andere Faktor auch.

Wie die 9,1 Millionen zusammengekommen sind, da freue ich mich, dass die Nachbarbehörde das möglich gemacht hat. Und die kann das vielleicht auch noch mal erklären.

Herr Dr. Bange: Ja, wir haben ja im Kita-Bereich drei Entgelte. Wir haben einmal Entgelt Personal und Leitung, dann haben wir einmal Entgelt Sachkosten. Und in dem Sachkostenentgelt Hort steckten ungefähr 16 Euro für Hausaufgabenbetreuung drin, also im Sachkostenteil, und 2,50 Euro für sogenannte Leitung von Neigungsgruppen. Diese 18 Euro ungefähr pro Kind haben wir umgewidmet zum pädagogischen Budget, haben es nicht weggestrichen. Daraus setzen sich die 5,4 Millionen Euro zusammen. Und dann haben wir – in Anführungszeichen – "frisches Geld" in Höhe von 3,7 Millionen Euro draufgelegt, sodass dann diese Werte für das pädagogische Budget zusammengekommen sind.

Vorsitzender: Herr Yildiz.

Abg. Mehmet Yildiz: Ich hätte direkt zwei Fragen.

Vorsitzender: Dann zwei Nachfragen dazu.

Abg. Mehmet Yildiz: Sie haben aber diese ..., in den Horten diese Rechnung auf den jetzigen Stand der Kinder, die einen Hort besucht haben, gemacht, oder wie ist das zustande gekommen? Das.

Und, Herr Rabe, Sie haben zu den Punkten Personalschlüssel verbessern durch Sportbesuche, durch Gruppen kleiner Größe, Teilnahme oder Effekte, das sind alles Spekulationen. Und das kann sein, das will ich nicht bestreiten, das ist auch, damit Gruppen verkleinert, aber was macht dann eine Erzieherin, die in vier Tagen in der Woche dann 22 Kinder hat und vielleicht in zwei Tagen 15 hat? Weil, letztendlich, die ist dann alleine für diese 22 zuständig. Man kann nicht dann durchgehend dann rechnen und sagen, okay, fünf Tage, wir teilen das durch. Die Erzieherin hat in der Woche dann durchschnittlich 16,5 Kinder. Und daher, das ist schon ein Widerspruch.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Zur zweiten Frage: Wenn die Nachmittagsangebote des Stadtteils nicht eingebunden werden, was wir uns ja aber nicht wünschen, aber sollte es passieren, dass sozusagen innerhalb des Schulgeländes ausschließlich Erzieher und Kinder einander gegenüber stehen, dann hat ja immer noch der Hort das pädagogische Budget, das er in

einem solchen Fall eben nicht einsetzen würde, um Stadtteilarbeit zu integrieren oder den Kindern andere Möglichkeiten zu bieten, sondern dann könnte er dieses pädagogische Budget für Personalverstärkung nutzen. Und das hieße dann, dass nicht ein Erzieher den Kindern gegenüberstünde, sondern, wenn ich jetzt das gesamte Budget in Erzieher umrechne, 1,25, denn so viel kann man damit dann bezahlen, sodass sich auch dann die Erzieher-Kind-Relation verbessern könnte. Vielleicht dergestalt, dass man sagt, an einem oder zwei Tagen oder an anderthalb Tagen kommt eine zweite Kraft, dann nämlich, wenn besonders viele Kinder diese Gruppe gebucht haben.

Insofern, das Geld ist da. Wir wünschen uns, dass es pädagogisch verantwortlich genutzt wird. Wir wünschen uns sehr, dass es zur Verzahnung mit dem Stadtteil genutzt wird. Schlimmstenfalls aber kann es auch genutzt werden, um innerhalb des Schulgeländes die Erzieher-Kind-Relation so zu verbessern.

Über die andere Frage würde ich auch noch mal Herrn Dr. Bange bitten, dazu etwas zu sagen.

Herr Dr. Bange: Ja, aber da kann man nur sagen: Ja, das sind die aktuellen Werte, die auch im Hortbereich hinterlegt sind.

Vorsitzender/Abg. Dr. Walter Scheuerl: Vielen Dank. Jetzt habe ich mich noch mal auf der Liste.

Herr Senator Rabe, die unterschiedliche Behandlung zwischen Tageseltern, der sogenannten Kindertagespflege, Hort-Kita und GBS-Nachmittagsbetreuung ist das Thema meiner Frage. In einer Pressemeldung am 8. Februar letzte Woche hat Herr Senator Scheele stolz verkündet, Überschrift: "Kindertagespflege wird trotz Ganztagschulen ab 2013 weiter finanziert". Und dann zitiere ich nur die Begründung, er sagt: "Tagesmütter und Tagesväter leisten eine sehr verantwortungsvolle Arbeit. Es ist wichtig, dass dieses flexible Betreuungsangebot erhalten bleibt. [...] Auch aus pädagogischen Gründen entscheiden sich manche Eltern für die Kindertagespflege." – Bei den Tageseltern.

Tageseltern sind bezahlte Erwachsene, die in kleinen Gruppen Kinder betreuen, das wissen wir alle, so. In Kitas und Horten sind nun etwas größere Gruppen, und in der GBS-Nachmittagsbetreuung sind möglicherweise noch größere Gruppen. Nun haben Sie, Herr Senator Rabe, aber bei der Nachfrage in der Kleinen Anfrage Drucksache 20/3115 auf die Frage, wie es mit dem Nebeneinander nach Paragraph 18 des Landesrahmenvertrags GBS zwischen Kita-Hort auf der einen Seite und GBS-Nachmittagsbetreuung auf der anderen Seite stehe, gesagt, die Planung, wie lange das Nebeneinander möglich sein soll, sei noch nicht abgeschlossen.

Meine Frage ist jetzt folgende: Wenn Herr Sozialsenator Scheele den Tageseltern eine Bestandsgarantie gibt und sagt, ihr dürft weitermachen, warum müsste man dann nicht gleichberechtigt auch sagen können, ich zitiere: Kitas und Horte leisten eine sehr verantwortungsvolle Arbeit, es ist wichtig, dass dieses flexible Betreuungsangebot erhalten bleibt. Auch aus pädagogischen Gründen entscheiden sich manche Eltern für Kita und Horte. Die Pressemeldung ließe sich, finde ich, sehr gut begründen, da Kita und Horte kleinere Betreuungsgruppen bieten als die GBS-Betreuung. Und wenn Sie und Sozialsenator Scheele sagen, die kleine Gruppe bei den Tageseltern finanzieren wir weiter, trotz GBS, die mittlere aber nicht, wie leiten Sie diese mögliche Ungleichbehandlung ab, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Eltern nach Paragraph 5 SGB VIII ein Wahlrecht zwischen verschiedenen Trägern haben, wenn es die Träger gibt?

Senator Rabe: Zunächst einmal ist es so, dass die Tageseltern oder die Tagespflegeeltern hier ein besonderes Angebot gewährleisten, das sehr flexibel auch an sehr schwierigen Randzeiten in der Regel ansetzt. Und diese besonders flexiblen, für bestimmte Nischen sehr

wichtigen Angebote, können die großen Systeme vernünftigerweise effizient nicht machen. Deswegen macht es Sinn, dieses besondere Angebot beizubehalten.

Es macht keinen Sinn, auf Dauer Horte und Schule nebeneinander bestehen zu lassen. Und das ist auch einfach zu erklären. Ich hatte eingangs schon gesagt: Wir möchten insgesamt vielen Kindern – wir rechnen mit rund 10 000 Kindern – Ganztagsangebote zusätzlich machen. Und wir wissen, der Bedarf ist da. Und die Finanzierung dieser zusätzlichen Angebote geschieht teilweise über unseren Haushalt, geschieht aber auch durch einen Effizienzgewinn. Dieser Effizienzgewinn besteht darin, dass die Doppelnutzung von Räumen, die ansonsten vormittags beziehungsweise nachmittags leer stünden – nämlich einerseits vormittags im Hort indirekt oder nachmittags in der Schule leer stünden –, dass das beendet wird. Und dass diese Gebäudekosten, die sehr, sehr hoch sind für jeden einzelnen Schüler, für jedes einzelne Hortkind, dass diese Gebäudekosten reduziert werden. Das ermöglicht uns in der Tat dann, dass wir vielen zusätzlichen Kindern durch diesen Effizienzgewinn weitere Angebote machen und Ganztagsangebote machen über das hinaus, was bisher im Hort möglich ist.

Wenn wir dagegen den Hort die ganze Zeit weiter bestehen lassen würden, dann würde das bedeuten, dass wir zweimal sehr große Gebäudekomplexe, und mit der laufenden Finanzierung, entsprechend finanzieren müssten. Und das würde umgekehrt bedeuten, dass uns das Geld für weitere Ganztagsangebote fehlt. Und genau das ist der Grund, warum wir sagen: Es gibt sicherlich eine Übergangsphase, aber die muss irgendwann ein Ende haben. Und in diesem Ende wird dann auch stehen, dass Ganztagsangebote an allen Grundschulen sind, dass wir darüber hinaus dann aber auch keine anderen Ganztagsangebote in Horten in der Stadt mehr brauchen, weil die Kinder diese Ganztagsangebote an den Schulen wahrnehmen. Das ist der Grund, dass es keinen Sinn macht, diese beiden Systeme nebeneinander her bestehen zu lassen.

Vorsitzender/Abg. Dr. Walter Scheuerl: Eine Nachfrage: Wenn aber Eltern sich entscheiden, das Ganztagsangebot bei der Tagesmutter oder beim Tagesvater, was ja auch teuer ist für die BASFI, in Anspruch zu nehmen, und das Kind also ab 13 Uhr vielleicht noch in der Schule essen soll, aber dann zu der Tagesmutter oder zum Tagesvater, das wird weiterhin bezahlt? So Herr Scheele.

Senator Rabe: Herr Scheele hat recht, es macht nämlich hier keinen Sinn zu sagen, nein, in den Zeiten von 13 bis 16 Uhr darf die Tagesmutter das Angebot nicht mehr machen, die muss dann sozusagen nur noch sich auf die Nischenzeiten beschränken. Es geht um so wenige Fälle und so spezielle Fälle, dass wir hier nicht mit einer großen Regelungswut dafür sorgen wollen, dass hier auch die Tagesmütter und Tagesväter ihre Arbeit nicht mehr ordentlich machen können. Hier muss man ja auch sagen, es kann auch kaum organisiert werden, wenn die Tagespflege nur noch Zeiten zwischen 18 und 21 Uhr betrifft, das ist dann natürlich auch für die selbst organisatorisch kaum möglich. Wenn wir solche Randzeiten abfedern wollen, dann müssen wir auch in Kauf nehmen, dass es eine Ausweitung in Zeiten gibt, die tatsächlich hier parallel zur GBS laufen würden, einfach, damit das Angebot überhaupt tragfähig ist.

Vorsitzender: Frau Prien habe ich jetzt auf der Liste, als Nächstes dann Frau Dr. von Berg und Frau Blömeke.

Abg. Karin Prien: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Es ist jetzt schon ein bisschen lange her, ich würde trotzdem gerne anknüpfen an eine Debatte, die Sie mit Herrn Heinemann vorhin geführt haben. Sie haben gerade eben ausgeführt, wenn ich es richtig verstanden habe, dass der Anspruch auf individuelle Auswahl eines Hortträgers und damit auch eines bestimmten pädagogischen Konzepts sozusagen der Finanzierung einer größeren oder sehr großen Anzahl möglicher zukünftiger Kinder, die an der ganztägigen Betreuung teilnehmen wollen, ja, politisch zum Opfer fallen. So habe ich es jedenfalls

verstanden. Ist das Gleiche geplant im Hinblick auf die individuelle Entscheidung von Eltern, die ihren Kindern auch während der Hortzeiten bestimmte Musikangebote, individuelle Musikangebote oder Sportangebote zur Verfügung stellen wollen, also wenn das Kind konkret eben nicht Fußball spielen will, wie in der Schule angeboten? Auch ich habe einen Sohn, der im Hort ist, da ist das so. Fußball kann man spielen, Abenteuerturnen kann man auch machen, aber andere Sportarten gehen eben nicht, was ja auch verständlich ist im organisatorischen Ablauf, dann ist es eben heute möglich, das Kind früher abzuholen und dann dieses individuelle Angebot dann durchführen zu lassen. Ist das mit Ihren Vorstellungen von den wenig flexiblen Zeiten für die Eltern, ist das vereinbar, wird das noch machbar sein? Das wäre die eine Frage.

Und die andere Frage, Sie haben vorhin zu Recht Herrn Scheuerl um Wahrhaftigkeit mit der Sprache gebeten. Das finde ich auch außerordentlich wichtig. Ich würde in diesem Zusammenhang gerne noch einmal dieses semantische Problem vom Anfang, sprechen wir hier über Ganztagschulen oder sprechen wir hier über ganztägige Betreuung, noch einmal ansprechen. Sie haben interessant begründet, warum man in der Öffentlichkeit insgesamt jetzt von Ganztagschulen sprechen soll. Sie haben dann auch ausgeführt auf die Frage von Herrn Heinemann, wie Sie sich den qualitativen Ausbau dieser Ganztagschulen vorstellen, ohne dabei konkreter zu werden. Mich würde noch einmal interessieren, wenn Sie sagen, wenn wir an allen Schulen solche freiwilligen ganztägigen Betreuungsangebote geschaffen haben, ist dann sozusagen der Ehrgeiz des Senats im Bereich der qualitativen Einführung von Ganztagschulen, ist der dann abgeschlossen? Konkret: Wenn man diese Schulen nun als Ganztagschulen bezeichnet, obwohl sie nachmittags ja nur ein Betreuungsangebot liefern, heißt das, dass damit Ihre Bemühungen in Hinblick auf die Nachmittagsbeschulung von Kindern abgeschlossen sind?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Der erste Punkt war die Nachfrage in Bezug auf die Flexibilität. Ich will zunächst einmal daran erinnern, die Teilnahme ist sowieso freiwillig. Zweitens: Die bisherige Aussage der Beteiligten war, eine Teilnahme an drei Tagen ist dann, wenn man sich freiwillig zur Teilnahme entschließt, aber das, was wir als, soll ich einmal sagen, Norm voraussetzen. Ich hatte allerdings eingangs bereits gesagt, wir sind in Gesprächen und wir überlegen, welche Flexibilitäten dabei möglich sind, um zwei Dinge abzuwägen, einerseits in der Tat den Anspruch vieler Eltern, flexibel im Einzelfall reagieren zu können und einfach einmal zu sagen, jetzt ist schönes Wetter, ich nehme Gleizeit und ich gehe schon um 13 Uhr nach Hause und möchte mit meinem Kind in die Badeanstalt und nun ist leider Dienstag und da ist das aber eigentlich in der GBS-Schule, nun muss man auch einmal handeln können. Oder Oma hat Geburtstag oder ich weiß nicht was. Das ist das eine und dafür haben wir Verständnis.

Und auf der anderen Seite steht, übrigens häufig von den gleichen Eltern, es ist gerade zufällig wirklich auch die gleiche Elterngruppe, der energische Anspruch nach qualitativ hochwertigen pädagogischen Angeboten. Und nun stelle ich mir gerade vor, wie die Kinder da alle sitzen und versuchen, ein Schulorchester zu machen und alle naslang kommt und geht einer. Ich hatte heute ein Gespräch, das war auch, wenn Sie "Schalthoff Live" gesehen hatten, hat da eine Schulleiterin berichtet, dass nach ihren Erfahrungen diese besondere Flexibilität dazu führte, dass die Erzieherinnen und Erzieher den ganzen Nachmittag mit dem Handy am Ohr herumliefen, weil alle naslang ein Vater, eine Mutter anrief und sagte, ich komme in einer halben Stunde oder in zehn Minuten, ach nee, es dauert noch ein bisschen. Und die Schulleiterin sagte dann, ich wünsche mir, dass meine Erzieher sich um die Kinder kümmern und nicht ständig mit den Eltern telefonieren, wann die abgeholt werden. Und insofern muss man hier zwei gegenläufige Interessen, die – so ist das Leben manchmal auch für Politiker, die staunen da auch manchmal – häufig von denselben Eltern vertreten werden, zusammenbinden. Und da sind wir noch nicht am Ende, da sind wir noch nicht am Ende und versuchen im Moment auch in Gesprächen mit den Trägern die Sache so zu

gestalten, dass beide Bedürfnisse erfüllt werden können. Das wird bis zum Schluss nicht möglich sein, aber wir suchen den Weg, der nach Möglichkeit beiden, so gut es geht, gerecht wird. Da, hatte ich eingangs schon gesagt, beabsichtigen wir, Ergebnisse auch vorzustellen, aber dem kann ich jetzt nicht vorgreifen, weil die Gespräche noch andauern.

Die zweite Frage, da hatten Sie noch einmal nach der Qualität gefragt und gesagt, das seien doch aber eigentlich verschiedene Schulen. Das "eigentlich" ist jetzt das Spannende. Ich will einmal darauf hinweisen, dass auch bei Schulen nach dem entsprechenden Landesrahmenkonzept der Unterrichtsanteil genauso hoch ist wie bei den GBS-Schulen, denn der Unterricht wird nicht mehr. Es ist nur bei diesen Schulen möglich, den Unterricht über den ganzen Tag zu verteilen, während bei den GBS-Schulen der Unterricht auf den Vormittag konzentriert und auf den Nachmittag eher die Betreuungs- und Freizeit- und sozialen Angebote konzentriert sind. Aber unter dem Strich habe ich auch in der Summe der einzelnen Bestandteile diesen starken Unterschied dann nicht so wahrgenommen, wie Sie ihn gerade darstellen. Und ich will hier auch einmal pathetisch sagen: Wenn wir an die Zukunft denken, dann müssen wir auch einmal berücksichtigen, das sind zwar im Moment zwei verschiedene Systeme, die haben ihre eigene Kultur, die haben ihre eigenen Erfahrungen und manchmal haben sie auch ihre Identität entwickelt in der Abgrenzung vom jeweils anderen System, dergestalt, dass der Hort sagte, bestimmt die wenigsten Horte, aber ein oder zwei habe ich auch kennengelernt, dass die dann sagten, wir sind die guten Freunde der Kinder gegenüber der gemeinen leistungsorientierten Ellbogenschule. Oder dass einige Schulen, da gibt es auch nur ganz wenige, möglicherweise der Meinung waren, im Hort lernt man nichts, in der Schule lernt man etwas. Diese Kulturen wachsen jetzt zusammen und, ich glaube, diesen Prozess sollten wir nicht beschweren, indem wir immer noch sagen, aber ihr seid keine echte Ganztagschule, sondern ich wünsche mir sogar, dass die beiden noch weiter zusammenwachsen. Ich will da auch gar keinen Endprozess festlegen dabei, denn ich kann mir vorstellen, wenn die erst einmal auch bei Lehrerkonferenzen, ja, das ist alles Tabu von den Gesetzen her und alles ganz schwierig, aber wenn da auch einmal der eine oder andere als Gast teilnimmt und bei den Schulkonferenzen mit dabei war, dann wächst da etwas zusammen, was sich bereichern kann.

Und deswegen komme ich im großen Umweg auf Ihre Frage nach der Qualität. Ich könnte jetzt einfach sagen, der Senat arbeitet ständig daran, die Qualität zu verbessern. Es ist mir fast zu platt, aber es ist doch wahr. Wenn wir uns im Moment abzappeln an Fragen wie Catering und wie kriegen wir diese Scheckkarten-Geschichte so aufgeladen, dass garantiert der kleine Hannes als 100-Prozent-Zahler isst und die Charlotte als 20-Prozent-Zahlerin identifiziert werden kann. Dann ist das der erste Schritt, aber die anderen Schritte hat Herr Heinemann, hat Herr Yildiz ja schon mitskizziert, die wir da noch alle denken müssen, den Stadtteil zu integrieren, die Qualität der Angebote zu heben. Das wird ein langer Prozess werden und ich sage Ihnen ganz ehrlich, an der Halbtagschule haben wir 200 Jahre gearbeitet, und deswegen glaube ich auch, dass die Ganztagschule noch einen Prozess braucht, bis sie diese Qualität erreicht hat, die wir uns wünschen. Im Moment sind wir eher auch ein Stück weit in den organisatorischen Fragen, die wir regeln müssen, aber die Qualität, die müssen wir auf jeden Fall im Blick haben und da auch noch mehr Gas geben.

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. Karin Prien: Herr Senator, nicht dass wir uns falsch verstehen, ich finde das, wenn Sie das qualitativ ordentlich hinkriegen mit dem Zusammenwachsen der Systeme, dann finde ich das großartig, und wenn wir mehr Kinder in die Ganztagsbetreuung bekommen, finde ich das auch großartig. Das hat aber trotzdem mit einer echten gebundenen Ganztagschule nichts zu tun.

(Senator Rabe: Ach so, gebunden!)

Und diese Vermischung dieser Begrifflichkeiten, das würde ich gerne festhalten, dass hier Dinge vermischt werden, die miteinander wirklich nichts zu tun haben. Wir sprechen ..., bei einer Ganztagschule, da hätten Sie einen pädagogisch Verantwortlichen, der sich zum Beispiel um das Thema individuelles Lernen kümmert, und Sie haben nicht verschiedene Ansprechpartner, verschiedene Träger. Sie können das einfach nicht vergleichen und Sie mischen hier die Dinge zusammen, und das ist, meine ich, sprachlich und politisch auch nicht wahrhaftig.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Die Kultusministerkonferenz hat ausdrücklich festgestellt, dass auch offene Ganztagschulen schulischer Prägung Ganztagschulen sind. Das Wort "gebunden", das passt hier nicht, nach dem Motto, die wahre Ganztagschule ist die gebundene, alle anderen sind irgendwie komisch, sondern ganz im Gegenteil haben wir auch bei den jetzigen schulisch organisierten Ganztagschulen gebundene, teilgebundene und offene dabei. Und offen ist auch die GBS und insofern kann ich ehrlicherweise nicht einsehen, warum ich hier die GBS immer nur als Angebot, aber nicht als echte Schule titulieren soll. Und ich glaube auch, dass die Wahrnehmung der Eltern und Kinder eine andere ist. Ich hatte jetzt gerade noch einmal ein Gespräch mit Journalisten, die sagten, ach, diese Vielfalt, das versteht man ja alles gar nicht, GBS und GTS und bei GTS, also der schulischen, noch wieder drei Unterarten, offen, teilgebunden und gebunden. Wer soll denn das verstehen? Und da waren Elternvertreter dabei, die sagten, das verstehen sie zwar auch nicht, aber in ihrer Schule funktioniert das. Die wussten aber selber gar nicht, in welcher der verschiedenen Kategorien sie sich befanden. Sie waren damit im Großen und Ganzen zufrieden, sie haben es als Ganztagschule wahrgenommen. Und ich finde, auch das muss man berücksichtigen bei seiner Sprache, nämlich die Erfahrungen, die die Beteiligten dabei machen.

Vorsitzender: Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe die Wartezeit genutzt und habe einmal ein bisschen gerechnet. Ich will auch noch einmal auf das Mittagessen zurückkommen. Ich habe einfach einmal ausgerechnet, was eine Familie mit einem Nettoeinkommen von 2500 Euro bezahlen würde, wenn sie ihre drei Kinder in der Grundschule hat, wenn ich Ihr einfaches System richtig verstanden habe für Mittagessen und was es dann für diese drei Kinder zahlen würde, wenn die alle drei in der weiterführenden Schule sind, und da komme ich auf eine Differenz von 100 Euro pro Monat. 110 Euro in der Grundschule und 210 Euro in der weiterführenden Schule, wenn man von einem Mittagessenbetrag von 3,50 Euro ausgeht. Und ich finde das eine hohe Differenz, frage Sie halt, ob es politisch gewollt ist, ob das richtig ist und ob das politisch gewollt ist. Das ist die erste Frage, die ich habe.

(Senator Rabe: Sagen Sie mir noch einmal ganz kurz, die Differenz, wie Sie das berechnet haben, damit ich es einfach nur nachvollziehen kann?)

Also ich bin davon ausgegangen, von einem Mittagessenbetrag von 3,50 Euro, und dann mit der entsprechenden Staffelnung für die Geschwisterkinder bin ich auf einen Betrag von 7,50 Euro pro Tag gekommen, und das ist aber nur 75 Prozent, weil das 2500 Euro sind, also etwa ungefähr 110 Euro pro Monat, während dann in der weiterführenden Schule 3,50 Euro pro Tag pro Kind mal 20, also ich bin von 20 Tagen ausgegangen, bin ich bei 210 Euro gelandet. Gut.

Die zweite Frage, da geht es nicht nur um 100 Euro, sondern da geht es um 100 Millionen Euro. Ich würde nämlich gerne wissen, wie Sie planen, die 100 Millionen Euro, die für den Kantinenausbau geplant sind, aufzuteilen, wie die verplant werden sollen, wie auch der Prozess vorangehen soll.

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Ich rechne ja gerne, aber ich habe es einfach so schnell nicht geschafft. Also, die Rechnung basiert praktisch darauf: 3,50 Euro, die Familie hat drei Kinder, sie gilt als 75-Prozent-Familie und die Kinder Nummer 2 und Nummer 3 haben natürlich dann die entsprechende Ermäßigung. Auf die 75 Prozent kommt dann noch mal 33 Prozent davon nur beziehungsweise 20 Prozent fürs dritte Kind. Und wenn diese Kinder jetzt alle an die Stadtteilschule oder an das Gymnasium wechseln würden, dann hätten wir hier die Vollzahlung von 3,50 Euro. Gut. Das ist ein Fall, wo wir in der Tat nicht wollen, dass die mehr bezahlen, aber wo man dann auch dementsprechend einen Ausgleich ziehen muss. Darf ich Sie aber auch daran erinnern, drei Kinder gleichzeitig, ich habe mich persönlich bemüht, das hinzukriegen, das ist nicht ganz gelungen, das ist ein sehr, sehr seltener Fall, den Sie da ausgerechnet haben, um das hinzukriegen. Und vor diesen Voraussetzungen ...

(Abg. Robert Heinemann. Also, ich schaffe das!)

– Ja, drei Kinder habe ich, also drei Kinder habe ich auch, aber ich konnte sie nicht so dicht produzieren, dass ich sie in den Stadtteilschulklassen 5, 6, 7, 8 untergebracht hätte. Das muss man ja auch noch dann hinkriegen. Gut, aber wie gesagt, wer das schafft, da freue ich mich, dem würde ich auch persönlich als Senator die Differenz erstatten. Ich will es auch gar nicht lächerlich machen, ja. Wir werden uns wundern, wie wenig das sind, wir haben es ja ausgerechnet. Gut. Aber, Frau von Berg, beabsichtigt ist eben, dass es hier nicht zu einer Höherbelastung kommt, und wir können nicht wegen weniger Fälle, wir haben vorher einmal abgefragt, wie viele Kinder sind denn eigentlich jetzt im Hort, aber Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen, Hortkinder der weiterführenden Schulen. Das ist ein bisschen schwierig zu berechnen, da gibt es Toleranzen rauf und runter. Ich habe jetzt einmal grob mir gemerkt 1 000, Herr Bange wedelt schon wieder mit dem Zettel.

(Abg. Christiane Blömeke: 1 600!)

– 1 600?

(Herr Dr. Bange: 1 438 waren es 2010, also wenn man alle Segmente zusammennimmt!)

– Herr Bange sagt, 1 438 waren es 2010, so. Und wir hatten gleichzeitig eingangs gesagt, 40 Prozent der Hamburger Kinder sind Kinder, die Ansprüche haben darauf, dass das Essen komplett bezahlt wird, und vielleicht sind 20 oder 30 Prozent Vollzahler. Und das heißt, die gestaffelte Differenz dazwischen, die wir eigentlich im Moment nicht abbilden können, ist auch nur ein kleiner Teil von dem. Und vor diesem Hintergrund sage ich noch einmal, sämtliche Hamburger Schulkantinentssysteme an allen über 60 Gymnasien und über 50 Stadtteilschulen mit sämtlichen Schülerschaften auf dieses System umzueichen, für die letztlich vielleicht nur 600 Schülerinnen und Schüler, die davon betroffen sind. Das ist unverhältnismäßig und würde auch dazu führen, dass wir Kostenbelastungen haben, die wir diesem System entziehen müssten. Und deswegen machen wir die Regelung, dass wir das einzeln dann bezahlen, wenn die Differenz erkennbar ist. – Hatten Sie noch eine zweite Frage gestellt?

(Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, das war die 100-Millionen-Frage!)

– Ach ja.

Ja, wir haben ja in Schulbau Hamburg einen Partner, dem die Schulbehörde als Mieter verbunden ist. Wir zahlen eine Miete, das ist der Grundgedanke dabei. Und wir brauchen diese Kantinen und wir haben Schulbau Hamburg gebeten, eine Überschlagsrechnung zu machen, was das eigentlich als Miete kostet. Und in der Tat hatte Schulbau Hamburg

gesagt, so und so viele Kantinen, da brauchten wir als Schulbau Hamburg rund 100 Millionen Euro für die Investitionskosten. Und wenn wir als Schulbehörde neue Immobilien beziehen oder Teile beziehen im Wert von 100 Millionen, dann wird dafür eine Miete fällig. Und diese Miete beträgt dann 8 Millionen Euro. Das ist unsere jetzige Kalkulation und umgekehrt könnte man jetzt auch wieder umdrehen, und wenn wir als Mieter sagen, du kriegst von uns immer 8 Millionen Euro jedes Jahr, dann ermöglicht das, Schulbau Hamburg in diesem Maße kreditär entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, um diesen Kantenbau zu machen.

Und wir sind im Moment dabei, dass die Schulen alle begangen worden sind und dass Schulbau Hamburg die Schulen in drei Kategorien aufgeteilt hat. Es gibt Kategorie 1, wo man sagt, die Räume ermöglichen es, eine Kantine nur einzubauen. Das geht schnell und wir können bis zum Sommer das schaffen. Da hatten wir 45 Schulen rund identifiziert, wo man bis zum Sommer eine richtige Kantine einbauen kann, übrigens eine Geschwindigkeit, die es so auch noch nicht gegeben hat. Ich erinnere bei der Einführung der Ganztagschule am Gymnasium, wie lange der Kantenbau gedauert hat, und wir hatten gerade eben knappe 60 Gymnasien, das war jahrelang. Hier würden wir also über 40 in einem Schritt schon schaffen. Kategorie 2 war: Ja, die Kantine kann gebaut werden, aber nicht schon bis zu diesem Sommer, sondern bis zum nächsten Sommer. Und Kategorie 3, das sind immer drei gleich große Gruppen, rund 40 waren: Nein, es sind umfangreiche Bauarbeiten notwendig, wir können weder zu diesem noch zum nächsten Sommer eine richtige Kantine bauen, aber, Kategorie 3 a, wir können ein ordentliches Provisorium hinstellen, und das schon bis zu diesem Sommer, oder 3 b, das wird schwierig. So sind im Moment die Schulen eingeteilt und eigentlich war das alles eine sehr gute Idee, die allerdings eine Schwierigkeit mit sich bringt. Gerade da, wo wir Kantinen bauen, entscheiden sich die Schulen, wir wollen noch gar nicht Ganztagschule werden. Und da, wo wir Kantinen ein Jahr später fertig kriegen, sagen viele Schulen, wir wollen es aber jetzt schon werden. Nun kann ich aber nicht einfach die Schulgebäude umschubsen in so kurzer Zeit. Die baulichen Gegebenheiten können wir nicht verändern. Und vor diesem Hintergrund haben wir dann gesagt, na gut, wenn ihr keine Kantine habt, aber sich die Schulkonferenz einig ist, mit einem Provisorium ein Jahr zu leben, dann werden wir auch diese Schulen an den Start lassen. Und wir sind im Moment dabei, das alles im Detail noch einmal anzugucken, aber so stellt sich im Detail die Kantenensituation dar. Eigentlich ist vorgesorgt für einen raschen Ausbau, er läuft nur nicht immer parallel mit der Entscheidung der einzelnen Schule. Da liegt eine kleine Unwucht im System.

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, nur um es wirklich noch einmal klarzukriegen. Das heißt, die 100 Millionen Euro sind für die laut unserer Kleinen Anfrage 20/3092 für die 152 Schulen, die jetzt noch Kantinen bekommen sollen. Ist das richtig?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Schulbau Hamburg hatte 119 Standorte identifiziert, die begangen worden sind. Das ist meine Erinnerung an die Darstellung. Für diese 119 Standorte war Schulbau Hamburg von einem Volumen von 100 Millionen Euro ausgegangen. Jetzt muss man allerdings sagen, dass wir vielleicht bei diesen Standorten Schulen dabei haben, von denen auch in den nächsten Jahren noch nicht zwingend zu erwarten ist, dass die sofort Ganztagschule werden. Und wir gucken uns deshalb im Moment die 100-Millionen-Summe an, ob man nicht, statt vielleicht an einem Standort eine Kantine zu bauen, die erst in sechs Jahren gebraucht wird, bei den bestehenden Schulen, die – ich darf das Wort Vorgängerregierung ja nicht mehr sagen, aber –, die zumindest schon da sind, aber noch keine Kantine haben, diese Mittel dann, statt sinnlos an eine Stelle zu packen, wo noch gar keine Ganztagschulen da sind, dort eingesetzt werden können, sodass wir im Moment von den ursprünglich 119 begangenen Standorten abweichend noch einmal genau prüfen wollen

und nach Bedarf dort Kantinen bauen, nicht dass wir da nach Tranchen von Schulen irgendwie unterscheiden, sondern dort, wo es nötig ist, soll es zuerst kommen. Und das betrifft dann auch andere Standorte.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Blömeke.

Abg. Christiane Blömeke: Ja, herzlichen Dank. – Also, auch ich habe gerechnet, aber Sie brauchen nicht mitrechnen. Ich wollte es hier einfach nur noch einmal sagen, es geht noch einmal um die Ferienbetreuung, weil Sie ja sagten, es ist deutlich dargestellt. Also mit den 10 Euro definitiv sind es dann 120 Euro die Ferienwoche, wenn man das sozusagen ausrechnet. Das bedeutet, wenn jemand drei Wochen Sommerferien macht, dann zahlt er einmal eben 360 Euro für sein Kind für die Ferien. Und ich finde, das muss man auch einmal kommunizieren, weil ich schon denke, dass in Ihrer Pressemitteilung in dem Kästchen hier ganz deutlich steht, während der Ferien pro gebuchter Woche 10 Euro. Wenn man Ihre Rechenbeispiele verfolgt, dann haben Sie recht, dann kann man den Gedankengang der Behörde nachvollziehen. Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, kostet ein Geschwisterkind dann 33 Prozent von dieser Summe, das sind dann wenigstens nur 120 Euro, das heißt, für zwei Kinder in der Ferienbetreuung für drei Wochen sind das dann eben 480 Euro. Ich wollte die Zahl hier nur noch einmal mitteilen, weil ich finde, das ist schon ein anderer Schnack, als wenn man irgendwie etwas von 10 Euro liest.

Jetzt noch einmal eben zwei Fragen, und zwar haben Sie mehrfach das pädagogische Budget hier erwähnt und auch ein bisschen strapaziert, wie ich finde. Und ich würde gerne von Ihnen einfach einmal wissen, das pädagogische Budget ist ja 357 Euro für die Kernbetreuungszeit von 13 bis 16 Uhr pro betreutem Kind im Jahr, und ich würde gerne wissen, ob Sie es wirklich für auskömmlich halten, davon sowohl die Verbesserung der Personalausstattung als auch die Einbeziehung von Angeboten aus dem Sozialraum als auch die Personalkosten für Schularbeitenhilfe zu bezahlen. Einfach nur Ihre Einschätzung, halten Sie das pädagogische Budget da für ausreichend in dieser Hinsicht?

Dann noch eine Frage zur Fortsetzung der Horte. Das hatte, glaube ich, Herr Scheuerl gefragt, kam jedenfalls aus der Ecke, dass ja irgendwann die Horte ihre Gültigkeit sozusagen verlieren. Das wird ja auch im Landesrahmenvertrag so festgesetzt, allerdings spricht man da ja von einem Ausnahmefall, das heißt, sozusagen die rechtliche Grundlage, auf der wir jetzt Horte haben, wird zum Schuljahresbeginn 2013/14 eingestellt, aber es wird Ausnahmen geben, so kann man da ja nachlesen. Wenn es keine Ganztagsbetreuung gibt, dann wird im Einzelfall eine Hortbetreuung weiter fortgeführt. Wer entscheidet über diese Ausnahmen und auf welcher rechtlichen Grundlage passiert das dann, wenn eigentlich sozusagen die bisherige rechtliche Grundlage nicht mehr vorhanden ist? Und in diesem Zusammenhang würde ich auch gerne noch einmal vom Senat hören: Wie will der Senat eine bedarfsgerechte Versorgung mit Hortplätzen in der Übergangsphase bis zu der von Ihnen geplanten flächendeckenden Einführung der GBS sicherstellen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Zunächst einmal, Ihre Rechnung in Bezug auf die Ferien ist richtig, aber Sie tragen das so vor, dass man den Eindruck hat, das finden Sie viel zu teuer. Ich weise noch einmal darauf hin, dass diese Ferienkosten, die Gebühren, die das auslöst, deutlich billiger sind als die Horte, und zwar deshalb, weil in der Vergangenheit die entsprechende Buchung von Ferien immer nur für sämtliche Ferien erfolgte, hier aber eine Staffelung nach Ferienwochen möglich ist. Und insofern muss man schon sagen, dass das, ob das nun teuer ist oder preiswert ist, das will ich nicht bewerten, das mag jeder selber sehen, aber im Vergleich zum früheren System ist es so, dass die einzelne Ferienwoche nicht teurer ist, sondern genauso teuer, aber die Möglichkeit überhaupt besteht, gestaffelt weniger Ferienwochen zu bieten. Diese Möglichkeit gab es nicht, sodass es für die meisten Eltern

eine Entlastung geben wird, denn ich kann mir nur wenige Fälle vorstellen, wo jemand alle zwölf Ferienwochen wirklich buchen würde.

Die zweite Frage war, ob ich das pädagogische Budget für auskömmlich halte. Das ist insofern eine schwierige Frage, weil ein guter Schulpolitiker, glaube ich, und ein guter Pädagoge, und, ich glaube, alle meine Nachbarn zählen mit dazu, Budgets für Kinder nie für auskömmlich halten. Das ist grundsätzlich immer so, dass man mehr und mehr machen kann. Aber im Verhältnis zu dem müssen wir uns auch daran orientieren, was ist üblich, was ist möglich, was war möglich und was ist in anderen Zusammenhängen üblich. Und da darf ich Ihnen sagen, dass wir ja auch eine Situation vorgefunden haben, wo diese Pilotschulen ohne pädagogisches Budget gestartet sind. Insofern hat es die Situation ja deutlich verbessert. Und wenn wir uns andere Ganztagschulmodelle angucken, möglicherweise in anderen Bundesländern, dann stellen wir auch hier fest, dass es eine sehr, sehr gute Ausstattung ist im Bundesvergleich, die wir hier machen. Und deswegen sage ich, ohne rot zu werden, ich wünsche mir immer mehr, aber auskömmlich, wenn wir uns vergleichen mit dem, was in Deutschland üblich ist, ist das allemal. Ja, es ist sogar großzügig und man kann hier sehr wohl hervorragende pädagogische Angebote mit diesem Budget ermöglichen.

Sie haben darüber hinaus gefragt, wie gestaltet sich die Übergangsphase von dem Aufwachsen der Ganztagschulen GBS hin zum irgendwann vorgenommenen Ende der Horte. Und ich hatte eingangs gesagt, daran arbeiten wir. Wir arbeiten auch an den rechtlichen Grundlagen. Die sind ja mehrfach angesprochen worden, deswegen haben wir aber auch in der Anfrage gesagt, die Überlegungen dazu sind noch nicht abgeschlossen. Und dazu kann ich Ihnen im Moment auch nicht mehr mitteilen, außer dass wir ernst nehmen die vielen Hinweise in der Stadt. Die einen sagen, nun muss das auch klar eine Perspektive geben, das muss schnell sein mit dem Ausbau. Und die anderen sagen, aber Entschleunigung ist auch wichtig. Wir wollen vor allem vermeiden, dass es zu Angebotslücken kommt. Wir sind in Gesprächen mit den Trägern und da bin ich recht optimistisch, denn auch die Träger ihrerseits haben uns zugesagt, dafür bereitzustehen, für solche Gespräche.

Ich will daran erinnern, dass wir beispielsweise einen Fall haben, der ja auch einer Abgeordneten gut bekannt ist, wo die Entscheidung einer Schule für eine bestimmte Form des Ganztages dazu geführt hat, dass beinahe eine Angebotslücke vor Ort entstanden wäre, weil ein großer Träger, der den Zuschlag nicht bekommen hatte, dann der Meinung war, dass er die Hortplätze nicht aufrechterhalten kann, und dort haben wir von uns aus in Gesprächen der Schulbehörde dafür gesorgt, hier eine entsprechende Stabilität im Angebot bereitzuhalten. Und man muss ehrlicherweise sagen, das geht auch nur so, dass wir in jedem einzelnen Fall uns die Anmeldeverbände angucken und genau gucken, wie ist die GBS-Situation, welche Lücken im Angebot gibt es und welche Gespräche muss man mit Trägern führen, um Angebotslücken zu vermeiden. Ich darf aber sagen, dass wir nach den strapaziösen Landesrahmenvertragsgesprächen mittlerweile ein so produktives Miteinander mit den Trägern entwickelt haben, dass ich sehr zuversichtlich bin, dass die jetzt nicht von sich aus einfach drauflos Horte schließen, sondern ich habe wahrgenommen, dass es dort eine große Bereitschaft gibt, diesen Prozess vernünftig zu steuern.

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. Christiane Blömeke: Na ja, oder vielmehr noch die Frage, oder war das jetzt schon Ihre Antwort darauf, die Ausnahmefälle, wenn wir sozusagen perspektivisch die Zeit haben, wo wir eigentlich keine Horte mehr haben, weil angeblich überall eingeführt, und wer entscheidet über die Ausnahmen. Habe ich Sie jetzt da verstanden, dass Sie das mit den Trägern zusammen machen?

Senator Rabe: Die Überlegungen des Senats dazu sind noch nicht abgeschlossen. Das war der Teil meiner Antwort.

Abg. Christiane Blömeke: Ach so.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Heinemann steht noch auf der Liste.

Abg. Robert Heinemann: Herr Senator, ich würde gerne noch einmal zurück zu den Kantinen. Sie haben gesagt, Schulbau Hamburg hat eine Kalkulation gemacht, 100 Millionen für 119 Standorte. Meine Frage wäre, was war denn die Grundlage dieser Kalkulation, also wovon ist denn Schulbau Hamburg ausgegangen. Hat man dort mit Aufwärmstationen oder mit Kochkantinen gerechnet? Wie viele Plätze pro Schüler werden dort eingerechnet, oder wird in den Klassenzimmern gegessen, oder geht es wie auf den Kreuzfahrern zu, dass man irgendwie in zwei, drei, vier Durchgängen dann isst? Also was ist sozusagen die Grundlage dieser Kalkulation? Und vielleicht können Sie ja auch schon sagen, von diesen 100 Millionen, wie viel ist davon eigentlich Küchentechnik und wie viel ist davon eigentlich Gebäudeinvestition.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Eine solche Differenzierung kann ich nicht vornehmen. Ich kann nur sagen, dass Schulbau Hamburg uns eine Planung vorgelegt hat mit mehreren Modulen. Da war das Modul Küche, da war das Modul der Kantine selber und es war zudem noch ein Modul, das sich auf die, wie soll ich mal sagen, Funktionsräume bezog, die normalerweise bei entsprechender optimaler Darstellung nötig sind. So ist mir gesagt worden, dass beispielsweise Kantinen eigentlich auch WC-Anlagen getrennt haben sollten für das Kantinenpersonal. Es sind Flure und ähnliche zusätzliche Dinge nötig. Diese drei Module Küche, Kantinen, also Essensraum, und Funktionsräume, Umfeld gehörten dazu. Und dazu waren entsprechende Quadratmeterzahlen errechnet worden. Es waren von der Frage des Fettabscheiders bis zur Frage des Starkstromanschlusses sämtliche Fragen rund um die Küche darin mit enthalten. Ich habe mich auf die ..., diese drei Module sind sozusagen die Grundlage der Planung, und wir gucken uns jeden einzelnen Standort an und versuchen in möglichst großer Zügigkeit alle drei Module, aber zumindest die ersten beiden Module überall zu verwirklichen. Das kann man vor Ort dann auch entsprechend anpassen, da sind die Ingenieure dabei und arbeiten jetzt gerade an den entsprechenden Vorschlägen. Wie das im Einzelnen sich kostenmäßig verteilt, das kann ich Ihnen hier nicht sagen, da habe ich mich auch auf die Experten verlassen, die das alles durchrechnen und mit Caterern und entsprechenden Angeboten hantiert haben und das alles abgestimmt haben.

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. Robert Heinemann: Ich sage einmal, die beiden entscheidenden Fragen haben Sie leider nicht beantwortet. Planen Sie eine Aufwärmküche oder eine Kochküche? Und zum Zweiten, wie viele Plätze pro Schüler, der an GBS teilnimmt, halten Sie parat? Also, kann man in einem Durchgang mit allen Schülern essen, in zwei Durchgängen, in drei Durchgängen, was ist die Grundlage für die Raumplanung?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Ich dachte, dass wir das in der Anfrage beantwortet hätten, weil das schon so öffentlich mehrfach kommuniziert worden ist, aber ist völlig richtig, ich will es noch mal beantworten. Nein, wir planen keine Produktionsküchen, sondern wir planen entsprechende Vorbereitungsküchen oder Aufwärmküchen, wie es auch genannt wird. Ich schließe mich übrigens nicht der Diskussion an, die da im Moment geführt wird und den Eindruck erweckt, dass ein Essen, das so zubereitet wird, vergiftet ist oder gar keine Vitamine enthält. Ehrlicherweise muss man sagen, dass wir in zahlreichen Küchen und nicht nur im Schulbetrieb das haben, übrigens auch in den Horten, auch in Kitas gibt es solche Formen der Küchen, und insofern finde ich, ist das hier nicht angemessen, eine bestimmte

Aufbereitungsform derart zu verteufeln, sondern ganz im Gegenteil kann das gut und vernünftig funktionieren. Ich will zum Schluss daran erinnern, vielleicht hat der eine oder andere ähnliche Erfahrungen, in meiner Familie gab es im Zivildienst immer die wunderbare Möglichkeit "Essen auf Rädern" und ich kann mich daran gut erinnern, dass dann auch nicht der Zivildienstleistende bei jedem Rentner, den er besucht hat, ein Essen gekocht hat, sondern eins angeliefert hat. Und, ich glaube, hier ist eine Form der Speisezubereitung gefunden, die, wie ich finde, durchaus vernünftig und akzeptabel ist. Und wenn es um die Frage der Platzverhältnisse geht, so versuchen wir, möglichst großzügige Kantinen einzurichten. Da, wo die Räume das zulassen, versuchen wir, die Kantinenplätze doch deutlich stärker zu machen. Aber das Minimum ist, dass jeweils ein Drittel der Kinder gleichzeitig essen kann, und da unter dieses Minimum fallen wir nicht. Ich gehe aber davon aus, dass es eine Reihe von Kantinen gibt, die deutlich mehr Essensplätze anbieten können, und insofern nicht nur ein Drittel der Kinder gleichzeitig essen kann, sondern auch mehr.

Vorsitzender: Als Nächstes habe ich Frau Blömeke auf der Liste. – Frau Blömeke, bitte.

Abg. Christiane Blömeke: Ja, ich hatte mich auch gemeldet, das stimmt. Ja. Nein, nein, ich weiß, ich war nur erstaunt, dass kein anderer sich mehr meldet.

Ja, dann noch mal eine Frage zum Landesrahmenvertrag. Da steht ja unten, dass die materiellen Einigungen für diesen Landesrahmenvertrag auch für Schulen in freier Trägerschaft gelten. Wir hatten eine Anfrage gestellt, wie das mit den Sonderschulen ist, mit den Sonder-, Förder- und Sprachheilschulen, und die war ja etwas dürftig beantwortet worden. Insofern, wie das da immer hieß, die Planungen sind noch nicht abgeschlossen und der Senat hat sich noch nicht damit befasst. Wie ist das jetzt zu verstehen, gilt das ganze Konzept, was Sie jetzt gestern vorgestellt haben, auch für alle Sprachheil- und Sonderschulen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Also, die Planungen waren deshalb nicht abgeschlossen, sind es zum jetzigen Zeitpunkt immer noch nicht, dennoch kann ich etwas dazu sagen, weil die Zukunft der Sonderschulen ja auch gerade Gegenstand einer anderen Diskussion ist. Wir wissen, dass durch Änderung im Schulgesetz immer mehr Schülerinnen und Schüler an Stelle der Sonderschulen die allgemeinen Schulen besuchen. Und wir erkennen, dass bei den Sonderschulen deshalb einige Schulen unter einem deutlichen Schülerschwund leiden. Und wir müssen bei den Sonderschulen deshalb eine Schulstruktur finden, die trotz des vermutlich noch weitergehenden Schülerschwundes stabil ist. Der Schülerschwund verteilt sich sehr unterschiedlich auf die drei verschiedenen Arten der Sonderschulen. Wir haben die speziellen Sonderschulen, hier gibt es kaum Schülerabnahmen. Wir haben die Sprachheilschulen, hier hätten wir eine Abnahme erwartet, sie ist aber noch nicht eingetreten, und wir haben die Förderschulen. Hier ist die Abnahme von Schülerinnen und Schülern sehr stark.

Deswegen möchten wir die Sprachheilschulen und Förderschulen zu einer neuen Struktur verbinden. Und genau wegen dieser Ungewissheit, die zur Veränderung der Schulstruktur an dieser Stelle führt, also konkret, es wird eine Standortreduzierung geben, es wird Zusammenarbeiten geben, hat es in bestimmten Fällen keinen Sinn gemacht, jetzt einigen Schulen grünes Licht zu geben, um GBS zu werden, weil im Großen und Ganzen absehbar schien, dass der eine oder andere Standort insbesondere bei den Förderschulen gar nicht lange mehr an diesem Standort bleibt. Das ist der Grund, warum die Überlegungen noch nicht abgeschlossen sind. Dennoch will ich der Frage nicht ausweichen.

Die künftigen Förder- und Sprachheilschulen in der neuen Struktur können selbstverständlich auch an diesem Projekt mitmachen und können auch Ganztagsangebote nach GBS, aber auch nach Rahmenkonzept, wie Sie immer wollen, als Schulkonferenz machen. Das

wünschen wir uns ausdrücklich. Wir haben auch in einem Fall schon einem Antrag stattgegeben und gesagt, das kann etwas werden. Also grundsätzlich sollen die auch, auch möglichst schnell. Wir müssen nur die Änderung der Schulstruktur dabei antizipieren. Wir können nicht eine Kantine für 800 000 irgendwo einbauen, wo der Standort möglicherweise in einem Jahr gar nicht mehr benötigt wird. Das war der Grund, dass wir gesagt haben, die Überlegungen sind für einzelne Schulen noch nicht abgeschlossen.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Eine Rückfrage? Eine Rückfrage.

Abg. Christiane Blömeke: Und solange ... Es gibt ja einige Horte an diesen Sonderschulen und Sprachheilschulen und wie auch immer, solange bleibt da das Hortsystem eigentlich dann erhalten und läuft so fort im jetzigen System?

Senator Rabe: Wir machen nichts kaputt, was schon da ist. Allerdings alles unter der Überschrift, dass wir für stabile Schulstrukturen sorgen wollen und dass es deshalb zur Zusammenführung von bestimmten Schulen kommen wird.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Yildiz, bitte.

Abg. Mehmet Yildiz: Sie haben angesprochen, dass Sie Gespräche mit dem Landesjugendring geführt haben, und ich finde, das ist gut, dass der Senat auch damit begonnen hat, dass ..., auch den Sozialraum mitzunehmen. Und die Frage ist von mir, geht hinaus: Gibt es denn überhaupt die Überlegung, dass man unabhängig von einzelnen Gesprächen auch einmal alle Betroffenen einmal zusammen in einem Kreis oder an einem Runden Tisch zusammenbekommt und auch Gespräche über das Konzept, auch über die Entwicklung des GBS und deren Beteiligung, Gespräche, zu führen, unabhängig von den Einzelfällen? Weil, Sie haben vorher in erster Linie mit Kita-Trägern gesprochen, jetzt haben Sie angesprochen, den Landesjugendring angesprochen, oder dass Sie Gespräche mit denen geführt haben. Und ich finde gut, dass der Senat auch damit begonnen hat, das war auch unsere Kritik. Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Bei der GBS, was vorrangig auch die Idee war, was ich auch gut fand, dass auch diese Kinder, die von den Horten ausgeschlossen worden sind, auch die Möglichkeit bekommen. Bei den Ferienbetreuungen sehe ich folgendes Problem, weil das auch mit Kosten verbunden ist, in erster Linie im KESS-1- und KESS-2-Bereich, wo in Stadtteilen Kinder aus Hartz-IV-Familien oder wo ein Elternteil nicht arbeitet, zu Hause ist, dass sie im Sommer davon nicht profitieren werden. Und die Frage ist, wie sieht ... oder plant der Senat, überhaupt auch darüber nachzudenken, dass man auch mit einem kostengünstigen Angebot diesen Kindern auch die Möglichkeit gibt, um ..., dass sie auch in den Ferien betreut werden können.

Und die dritte Frage ist, Sie haben bei der Anfrage erwähnt, dass Gespräche oder ein Workshop mit Lehr..., mit Hort-Bündnis und so weiter gegeben hat oder geben soll. Und meine Frage ist, inwiefern ... Weil, Sie haben noch erwähnt, dass Schulleiter und Hortleiter und -leiterinnen ausführlich interviewt worden sind. Inwiefern wurden die Elternvertretungen an diesen Auswertungen vor Ort mit ausführlich beteiligt? Sie haben – unabhängig von der Befragung. Bei der Pressemitteilung, wo Sie ... Sie weisen darauf hin, dass die Teilnahmequote ... Ich habe ihr entnommen, dass auch bei Migrantenkindern ein bisschen etwas unter ... Da ist es nicht so hoch. Meine Erfahrung ist allen Bereichen, dass viele Menschen auch uniformiert darüber sind. Hat das auch damit zu tun, oder was plant der Senat, dass auch Kinder, die bis jetzt von dem Hort nicht profitiert haben, dass deren Beteiligung auch steigt, dass sie auch informiert werden, auch beraten werden, um ... diesem, von dem ganztägigen Konzept zu profitieren?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Ja, bitte, Herr Pörksen.

Staatsrat Pörksen: Also zu dem ersten Punkt, Herr Yildiz, wenn in den Ferienzeiten – oder das war, glaube ich, Ihre zweite Frage –, ist es so, dass jemand, der einen niedrigeren Beitrag zahlt, nur 20 Prozent zahlt, das heißt, der zahlt nur 1,50 Euro, nicht? Sie müssen ja immer gucken, wir haben ja stark abgesenkte Beiträge, also auch in Ferienzeiten ist das ein sehr geringer Betrag, das ist das eine. Das Zweite ist, dass wir in der Tat auch im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket auch noch mal uns vorgenommen haben, unsere Ferienangebote, die wir ja schon haben, auch noch mal zu überprüfen und vor allen Dingen auch deutlicher noch Werbung dafür zu machen, dass man aus Bildung und Teilhabe sich ja auch Mittel für Ferienprogramme ansparen kann. Das sind ..., also das einmal zu den Ferienpunkten.

Dann die Termine, die Sie angesprochen haben, die haben wir zweimal in großer Runde hier gehabt. Also wir haben zweimal eben, das war das, wo ich vorhin von berichtete, hier drei Räume weiter, im Phönixsaal, haben wir zweimal große Runden gehabt mit den verschiedenen Beteiligten, um das zusammenzubringen. Wir haben auch Gespräche mit den Sozial- und Jugenddezernenten der Bezirke gehabt und das ist auch ..., das ist allerdings jetzt eine dezentrale Aufgabe, aber um zu ermutigen, auf bezirklicher Ebene oder auch auf lokaler Ebene die verschiedenen Akteure des Sozialraums auch zusammenzubringen.

Also, ich glaube, insofern sind die Prozesse da auf der generellen Ebene gut in Gang gebracht und es kommt jetzt sicher in der Tat drauf an, dass das auch in den Bezirken erfolgt. Ich weiß aber, dass es dadurch unterschiedliche Aktivitäten gibt und das auch schon Gegenstand in verschiedenen Jugendhilfeausschüssen gewesen ist. Das waren die beiden Fragen. Die letzte Frage war ...?

Senator Rabe: Die bezog sich auf die Frage, warum viele Eltern das noch nicht wissen. Ja, manchmal liegt es vielleicht auch daran, dass durch viele öffentliche Darstellungen auch manche falsche Eindrücke erweckt werden, aber wir haben diese Pflicht auch erkannt, die Eltern weiter aufzuklären, und sind dabei, über die Schulleitung haben wir jetzt regelmäßige entsprechende Konferenzen, wo die Schulleitungen ausführlich über das weitere Verfahren informiert werden, wo Ihnen die Alternativen dargestellt werden. Und wir planen auch dazu einen Elternbrief, vielleicht auch noch einen zweiten, der wesentliche Details enthält. Man muss dazu sagen, dass wir während der Landesrahmenvertragsverhandlungen, die ja erst vor wenigen Wochen zu Ende gegangen sind, auch ein bisschen es schwer hatten, bestimmte Details der Öffentlichkeit darzustellen, weil die ja immer noch im Fluss gewesen sind, sodass wir eigentlich jetzt erst so weit sind, auch klare Eckpunkte mitteilen zu können. Das haben wir vor, ein solcher Elternbrief ist jetzt schon in Vorbereitung und wenn es weitere Details gibt, rund um die Drucksache beispielsweise, kann ich mir auch einen zweiten vorstellen. Wir hoffen, auf diese Art und Weise auch dazu beizutragen, dass die Eltern möglichst umfassend und gut informiert werden. Aber der erste Weg hat uns vor allem über die Schulleiter geführt, die hier in diesem Prozess, gerade wenn es um den Kontakt mit den Eltern geht, eigentlich die Schaltstelle sind. Diese beiden Wege wollen wir jetzt gehen.

Vorsitzender: Herr Heinemann ist als Nächster auf der Liste.

Abg. Robert Heinemann: Vielen Dank. Herr Senator, zwei Fragen noch von meiner Seite. Zum einen: Ein zentrales Argument war ja immer, na ja, die Kinder werden angemeldet, aber es sind ja nie alle da. Ich hätte jetzt erwartet, dass das irgendwo in der Evaluation auch drinsteht. Ich hab sie jetzt immer vorwärts und rückwärts durchgesucht, vielleicht können Sie mir helfen, wo in der Evaluation zu finden ist, wie viel Prozent der Kinder denn tatsächlich da waren in der Schule, damit man dieses Argument, was dort häufig ja verwendet wurde, auch mal unterlegen kann.

Die zweite Geschichte ist: Bisher waren ..., gab es private Träger, die geplant haben, und die Eltern haben sich nach einem Hortplatz umgeschaut und dann hatten sie auch einmal Glück und einmal Pech. In der Zukunft haben Sie ja die Verantwortung und wenn ich mir die Zahlen anschau, hier den Schüleranteil GBS, der schwankt ja doch erheblich zwischen 25 und 53 Prozent, und ich kann mir auch vorstellen, dass sich das auch noch im Zeitablauf ja auch noch weiter verändern wird. Auf welcher Grundlage machen Sie jetzt eigentlich zum Beispiel Ihre Kantinenplanung? Also Sie müssten jetzt ja eigentlich für jeden Standort wissen, wenn Sie sagen, wir gehen davon aus, dass eben immer ein Drittel der Kinder Essen gehen können soll, dann müssen Sie ja eigentlich für jeden Standort wissen, von wie viel Prozent Beteiligung gehen wir da aus. Oder sagen Sie, wir gehen bei jedem Standort von 50 Prozent aus? Das mag ja in einigen Standorten dann eine zu große Kantine werden und an anderen Standorten eine zu kleine Kantine, weil 53 Prozent ja vielleicht noch nicht die Spitze des Eisberges sind, sondern ich kann mir durchaus auch Schulen vorstellen, wo vielleicht 60, 70, 80 Prozent dann ganztägige Betreuung in Anspruch nehmen. Also nach welchen Vorgaben ..., haben Sie die Zahlen für sich in der Behörde, wo Sie vermuten, mit welchen Prozentzahlen Sie für jede Schule rechnen müssen oder wie gehen Sie da eigentlich im Moment vor?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Die erste Frage bezog sich darauf, an welcher Stelle die Evaluation die einzelnen Teilnahmequoten noch einmal abbildet. Das hat die Evaluation leider nicht abgebildet. Es ist insofern richtig, dass Sie das vergeblich gesucht haben. Ich habe es auch vergeblich gesucht und habe mich darüber geärgert. Aber wenn Sie sich auf Seite 6 beziehungsweise Seite 5 oder 7 ..., ich weiß, ich habe immer noch das Vorgängermodell, noch einmal die Auftragslage ansehen, dann werden Sie feststellen, der Auftrag, etwas zu erforschen und etwas sein zu lassen in der Erforschung, wurde am 24. November 2010 vom damaligen Staatsrat genehmigt, insofern kann ich auch nichts dafür, dass dieses wichtige Detail leider nicht erforscht worden ist.

(Zuruf des Abg. Robert Heinemann)

Schade, aber wir müssen uns das dann vielleicht noch mal gemeinsam in einer eigenen Feldstudie angucken.

Bei der anderen Frage haben Sie vollkommen recht. Und ich sage Ihnen ganz offen, unsere jetzige Norm ist, dass wir sagen, 50 Prozent nehmen regelhaft teil, aber besser ist, wenn wir mehr Platz schaffen. Und das heißt 50 Prozent plus x ist der Richtwert für die Kantingröße. Und ich fürchte, dass wir an einigen Standorten dann eher viel Platz haben, was aber nicht so schlimm ist, weil wir ja doch gerne möchten, dass auch mehr Kinder als immer nur ein Drittel gleichzeitig essen können. Aber vielleicht wird es an einigen Standorten auch knapp sein. Das macht aber auch noch einmal deutlich, wie die Schwierigkeiten hier sind. Ein Teil der Eltern und ein Teil der Politik sagt, erst muss die Schule fertig sein, dann kann der Ganzttag beginnen, aber umgekehrt sind wesentliche Parameter für die Planung nur zu erlernen, wenn der Ganzttag schon angelaufen ist. Und deswegen ist es hier zurzeit so, dass wir den Normwert 50 Prozent Beteiligung unterlegen, dass wir von mindestens einem Drittel Essensplätze ausgehen, dass wir aber in jeder Schule nach Möglichkeiten suchen, die entsprechende Anzahl der Essensplätze deutlich zu erhöhen.

Und hier kommt uns etwas in einigen Bereichen zugute, da sind mehrere vielleicht für die Stadt seltsame Effekte. Gerade in benachteiligten Stadtteilen stellen wir fest, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler nicht unbedingt zunimmt, und dort sind häufig in den Schulräumen etwas günstigere Platzverhältnisse. Das ist keine generelle Aussage, aber dort ist es zum Teil leichter, sodass dort, wo wir eigentlich auf eine höhere Beteiligung hoffen, wir möglicherweise es beim Einbau der Kantinen auch etwas leichter haben. Aber das sind Zwischenwasserstandsmeldungen, die ich ab und zu von den Bauplanern wiederbekomme.

Ob sich das in der Fläche auf Dauer bewahrheitet, bleibt abzuwarten. In dem Moment, wo ein Zubau möglich ist, planen wir recht großzügige Quadratmeterzahlen ein, sodass wir an der Stelle, da muss man ja auch fairerweise sagen, wenn die Kantine und der ganze Zubau nötig ist, dann ist das auch nicht mehr so entscheidend, ob wir 280 Quadratmeter oder 310 Quadratmeter bauen, dann sind die Anlaufkosten so hoch, dass das nicht mehr so stark ins Gewicht fällt, auch großzügigere Planungen zugrunde legen.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Blömeke hat sich noch gemeldet.

Abg. Christiane Blömeke: Ja, und zwar würde ich gern einmal auf die Frage der Personalqualifikation zu sprechen kommen, Qualität der Betreuung ist das Thema. Und da steht ja im Landesrahmenvertrag, dass in der direkten Betreuung die staatlich anerkannten Erzieherinnen oder Erzieher oder Sozialpädagogen tätig werden sollen oder Personen mit vergleichbaren Abschlüssen eingesetzt werden beziehungsweise Personen ohne Qualifikation. Und das soll wiederum sozusagen von der Behörde genehmigt werden. Und da würde ich nur einmal wissen, ob es rein theoretisch auch möglich sein kann, dass wir dann gar keine staatliche Erzieherin oder Sozialpädagogin haben, ob das irgendwo fixiert ist, dass es zumindest eine ..., oder eine Sozialpädagogin geben muss oder ob es auch alles Personen ohne Qualifikation theoretisch sein könnten. Das ist eine rein hypothetische Frage erst einmal. Das wäre die eine Frage.

Und die zweite betrifft noch einmal die Pauschale für die Kinder mit Behinderungen. Können Sie erklären, warum Sie die 2 000 Euro als Pauschale angesetzt haben? Wir hatten das ja schon öfters thematisiert, wir wissen ja, dass in der Hortbetreuung die Kosten sozusagen für Kinder mit Behinderung bis zu 5 400 Euro, glaube ich, ist es, sein können, und das ist ja schon eine erhebliche Absenkung auf 2 000 Euro. Können Sie erklären, wie Sie auf diese 2 000 Euro gekommen sind? Was steht dahinter, dass Sie gerade 2 000 Euro festgesetzt haben? Und halten Sie das für ausreichend, wenn es vorher bis zu 5 400 Euro im Jahr war?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Zur ersten Frage ist, glaube ich, es besser, wenn die BASFI etwas antworten könnte.

Staatsrat Pörksen: Also die Regelungen im Landesrahmenvertrag entsprechen genau, ich glaube, sogar wörtlich, den Regelungen, die jetzt im Hortbereich gelten, und auch im Hort... –, die auch im Hortbereich gelten. Wir wollten bloß nicht einen Verweis machen, sondern wir haben es einfach neu abgeschrieben.

Senator Rabe: Wir haben uns bei den Berechnungen für das Thema pädagogische Förderung oder Begleitung von Kindern mit Behinderung leiten lassen von Zahlen, die wir planen im Inklusionsbereich im schulischen Bereich. Hier gibt es bestimmte Stundenkontingente, die zur Förderung und Begleitung dieser Schülerinnen und Schüler angesetzt werden. Diese Stundenkontingente haben wir versucht, entsprechend auf die geringere Zeit am Nachmittag mit den entsprechenden vermuteten Teilnahmekontingenzen, ja, auch was die tageweise Wahrnehmung dieser Angebote angeht, entsprechend umzurechnen. Insofern hat hier die Planung, die wir angelegt haben für die Inklusion im schulischen Bereich, den Maßstab gegeben, allerdings mit dem Unterschied, dass wir jetzt hier am Nachmittag eben keine Lehrerinnen und Lehrer oder Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen beschäftigen müssen, um eine bestimmte Stundenzahl zu gewährleisten, sondern Erzieherinnen und Erzieher. Das war im Großen und Ganzen die Berechnungsmethode. Also die Stundenzahl des Vormittags im Verhältnis zu den dortigen Stunden und den dortigen Zeiten und den dortigen Ansprüchen, und das übertragen auf das Nachmittagsangebot unter Berücksichtigung der Tatsache, wie vermutet die Wahrnehmung dieser Nachmittagszeiten ist.

Dass es dabei zu einem Unterschied zu der bisherigen Förderung gekommen ist, will ich nicht bestreiten, die war höher. Umgekehrt müssen wir aber auch sehen, dass die bisherige Förderung auf eine sehr, sehr geringe Fallzahl ausgerichtet war und insofern das Budget, das insgesamt zur Verfügung gestellt worden ist, keineswegs sonderlich hoch gewesen ist. Ich erinnere zwar nicht mehr die genaue Anzahl der Schülerinnen und Schüler, um die es dabei ging, aber es waren, wenn ich das richtig erinnere, deutlich unter hundert. Die Gesamtsumme wird hier gerade geschätzt, aber das muss man jetzt einmal im Wortprotokoll auch noch mal vorsichtig sehen, auf rund eine Viertelmillion Euro im Jahr, die dafür aufgewendet worden ist in der Vergangenheit. Wir rechnen in Zukunft ja mit sehr viel mehr Schülerinnen und Schülern. Und wenn man das zugrunde legt, dann braucht man auch eine Berechnungsmethode, die vernünftig trägt und in etwa den Ansprüchen der Schule am Vormittag, auch am Nachmittag, genügt. Und deswegen glauben wir schon, dass insgesamt vermutlich unsere Lösung trotz der im Einzelfall geringeren Ressourcen insgesamt vermutlich aufgrund der deutlich höheren Teilnehmerzahl für uns eine höhere ..., ein höheres Budget fordert als bisher.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Yildiz hat noch eine Frage.

Abg. Mehmet Yildiz: Ich will gleich daran anknüpfen, bei den Kindern, die von einer Behinderung, oder behindert und ... betroffen sind. Ich meine, deren Betreuungsqualität oder Betreuungsrahmen ändert sich nicht, wenn auch die Zahlen sich ändern. Natürlich, die Kosten steigen. Aber das bedeutet auch faktisch, die Qualität, die vorher mit den anderen Mitteln möglich war, kann man jetzt mit den jetzigen beschlossenen Mitteln nicht so umsetzen. Weil, ich höre den Zwischenruf doch. Aber wenn man in einer Klasse statt drei, vier Kinder hat, die Inklusionsschüler sind ... Ich kann in einer Schule oder von einem Lehrer aus Wilhelmsburg das Beispiel geben, wo sie dann überfordert sind, dass sie mit der Klasse nicht klarkommen, weil, sie sind dann zu belastet dadurch. Daher, wenn man mehr Mittel hätte, würde man auch mehr Personen, am Ende auch anders qualitätsmäßig ...

Aber meine Frage, die ich vorher gestellt hatte. Sie hatten, Herr Pörksen, beantwortet, dass es hier zwei Treffen gab mit der größeren Runde. Ich würde gerne wissen, wer da die Beteiligten waren und auch ob das im Sozialraum auch irgendwelche Bündnispartner oder irgendwelche Träger mit dabei waren. Und meine Frage, die ich auch vorher gestellt hatte: Herr Rabe, Sie haben ... nicht beantwortet. Ich habe auch gefragt: Inwiefern ist bei der Auswertung ..., sind die Eltern beteiligt worden, auch die LEAs vor Ort beteiligt worden? Weil, Sie haben in zweierlei zu recht gesagt, mit Schulleitern und mit Hortleitern wurde ein ausführliches Interview gemacht, aber ich finde, in diesem Bereich gab es sehr viel Kritik seitens der Elternschaft, die auf die Qualität hingewiesen und so weiter ... kritisch geäußert haben. Und auf die Raumfrage, da würde ich gerne wissen, wie die Beteiligung gewesen ist.

Senator Rabe: Herr Senator.

Senator Rabe: Also noch einmal zum Thema Evaluation. Ich muss mich hier jetzt beziehen auf Punkt 1.3 des Berichtes. Dort heißt es noch einmal: Erstens. Es fanden Interviews statt. An den Interviews waren insgesamt 34 Personen beteiligt, davon 16 Leitungskräfte und 18 Personen aus dem Kreis der Lehrkräfte und des pädagogischen Fachpersonals der Träger. Die Befragungen von Eltern und Schülerinnen und Schülern wurden an die Pilotschulen delegiert, die dazu gedruckte Fragebögen erhielten, also sowohl Eltern als auch Schüler wurden befragt. Die Elternbefragung richtete sich an alle Eltern, unabhängig von der Inanspruchnahme der außerunterrichtlichen Betreuung. Das heißt, auch diejenigen Eltern wurden befragt, die keine Kinder haben nachmittags teilnehmen lassen. Bei einer Gesamtschülerzahl von 1 599, also 1 600 rund, beträgt der Rücklauf 769, das heißt 48 Prozent. 48 Prozent der befragten Gesamteltern haben diese Fragebögen ausgefüllt. Bei den Schülerinnen und Schülern beschränkte es sich auf die Schüler der Klassen 2 bis 4, die Rücklaufquote der Fragebögen dort lag bei 27,2 Prozent, das heißt, ein Viertel der Schülerschaft, gerundet, und die Hälfte der Eltern sind über Fragebögen befragt worden, und

ein sehr kleiner Teil der Elternschaft, nämlich in Zusammenarbeit mit den anderen Leitungskräften, ist im Interview befragt worden. So stellt sich die Lage dar.

Denken Sie bitte daran, es ging hier darum, möglichst zügig in einem laufenden Prozess eine Rückmeldung zu bekommen, wohin das ungefähr führt. Man hätte selbstverständlich auch eine ausführliche große Untersuchung machen können, dann wüssten wir aber vermutlich erst in einem Jahr die entsprechenden Ergebnisse, ich habe mir das in vielfältiger Weise bei vielen Studien angeguckt, und dann ist man immer enttäuscht. Wir stellen häufig Studien fest und dann muss ich die rechtfertigen als Schulpolitiker und sehe, Basis sind die Daten von 2008 oder 2009. Das ist der normale Prozess, wenn man das groß und sehr genau macht. Hier ging, glaube ich, es allen Beteiligten darum, Fingerzeige zu bekommen, und deswegen ist, glaube ich, das Verfahren hier im Verhältnis dazu, dass wir so schnell jetzt gewesen sind, eigentlich doch statistisch sehr klar und auch sehr valide. Hälfte der Eltern befragt über Fragebögen, das, finde ich, ist eine Datengrundlage, mit der man umgehen kann.

Vorsitzender: Herr Pörksen.

Staatsrat Pörksen: Noch zu Ihrer Frage, Herr Yildiz. Also wenn Sie es richtig präzise haben wollen, müssten wir es zu Protokoll erklären. Aber ich kann Ihnen so sagen, es waren die Bezirke dabei, es war die AGFW dabei, es war der HSB dabei, es war die Sportjugend dabei, es war der Landesjugendring dabei, es war der Verband der offenen Kinder- und Jugendarbeit dabei, es war die Volkshochschule dabei, es war die Musikschule dabei, es war ..., waren Leute aus dem Bereich Kultur, da weiß ich jetzt nicht genau, wie die ..., wie der Trägerverbund hieß, dabei.

(Zuruf von Herrn Gaul)

Es war – wer dabei?

(Herr Gaul: Die Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendkultur und STADTKULTUR ...!)

Und STADTKULTUR, genau. Ich glaube, jetzt haben wir sie, aber wenn Sie wollen, können wir das auch noch zu Protokoll geben.

Abg. Mehmet Yildiz: Solange das vollständig ist, brauchen Sie ... nicht.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Blömeke hat noch eine Frage.

Abg. Christiane Blömeke: Genau, eine abschließende Frage noch einmal, und zwar geht es um den Betreuungsschlüssel in der Vorschule. Und das wissen Sie ja, dass wir das auch kritisiert haben, dass der Betreuungsschlüssel ja in der Kita, in einem Hort der Kita, sehr viel besser ist mit 1 : 11, und Sie haben zwar vorhin so ein bisschen gerechnet und haben gesagt, er kommt annähernd da ran. Das sei einmal jetzt dahingestellt. Um ..., im Zuge der Gleichbehandlung zwischen Vorschule und Kita haben Sie ja sozusagen die Vorschule wieder kostenpflichtig gemacht im Nachmittagsbereich entgegen zu der ..., ab der ersten Klasse. Und ich würde jetzt gern noch einmal wissen wollen, ob die Information richtig ist, dass Sie auch die Richtlinien für den Betrieb von Kindertagesstätten anpassen wollen, was die Personal..., was die Betreuungsschlüssel angeht, der ja dort noch ein anderer ist. Ob die Information richtig ist, dass Sie dort eine Änderung vornehmen wollen, indem Sie den Betreuungsschlüssel dort verändern von 1 : 11 und ihn angleichen an die Vorschule.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Ich würde zu dem zweiten Teil der Frage gerne erst einmal Herrn Dr. Bange das Wort geben und dann noch einmal den ersten Teil der Frage selbst beantworten. – Bitte, Herr Dr. Bange.

Herr Dr. Bange: Ja, wir werden die Richtlinie entsprechend verändern.

Senator Rabe: Und zu dem anderen Teil muss man ...

(Abg. Christiane Blömeke: Das sind wir gar nicht gewohnt, so kurz!)

Zum anderen Teil muss man sagen, dass wir vermeiden möchten, dass zwischen den beiden Systemen noch zusätzliche Irritationen entstehen. Ich glaube, wir sind alle gut beraten, dass wir auch die Perspektive der Eltern einnehmen, und ich habe noch keine Eltern gehört, die sich bisher darüber beschwert hätten, dass sie die Auswahl zwischen Vorschule und Kita für ihre fünfjährigen Kinder haben. Ganz im Gegenteil empfinden das viele als eine Bereicherung, auch wenn es uns allen organisatorisch manchmal Kopfzerbrechen macht, weil dort sicherlich auch immer die eine und andere Institution recht robust für ihre Schülerinnen und Schüler oder für ihre Kinder entsprechend kämpft. Aber wir haben in den Gesprächen mit den Trägern versucht, dazu beizutragen, dass die beiden Institutionen, die beiden Systeme sich einander annähern. Und deswegen war es, glaube ich, sehr wichtig, dass wir hier nicht durch diese Veränderung auch noch die Vorschule preiswerter machen und damit systematisch den Kindertagesstätten die fünfjährigen Kinder entziehen. Sondern es ging hier darum, einen manchmal etwas schwierigen Wettbewerb so weit in den Griff zu bekommen, dass alle Beteiligten damit gut leben können. Und das war der Hintergrund dafür, dass man jetzt in der Tat sagen kann, dass in der Kita parallel zur Vorschule der Betreuungsschlüssel besser ist als in der vorschulischen Nachmittagsbetreuung, das ist völlig richtig. Und die Eltern können sich jetzt entscheiden: Möchten sie das Angebot der Kita wahrnehmen, wo der Betreuungsschlüssel ein besserer ist, oder möchten sie das Angebot der Vorschule wahrnehmen, das aus Sicht einiger Eltern auch Vorteile enthält. Und ich glaube, solange die Auswahl besteht, mache ich mir keine Sorgen darüber, dass nachmittags in der Vorschule ein Schlüssel gilt, der übrigens bei Klasse 1 und 2 und 3 dann auch derselbe bleibt.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Eine Nachfrage?

Abg. Christiane Blömeke: Also Sie haben jetzt ja die Verteidigung gleich vorweggenommen. Kritisiert habe ich den Betreuungsschlüssel in der Vorschule, ich habe erst einmal noch gar nichts zu dieser Gleichbehandlung kritisiert, das haben Sie jetzt als Verteidigungsschiene gleich vorweggenommen. Das war gar nicht ... Ich wollte es einfach erst einmal verstehen, ob die Information so richtig ist. Das heißt, wenn ich das jetzt verstehe, sagen Sie, Sie senken in den Richtlinien für die Kindertagesbetreuung sozusagen ... oder Sie passen den Schlüssel an.

(Herr Dr. Bange: Ja!)

Das heißt, in den Richtlinien wird dann zukünftig auch – statt 1 : 11 – 1 : 19 stehen? Das ist jetzt noch einmal die Frage direkt. Und welche Auswirkung hat denn das dann auf die Horte, die Horte, die es jetzt noch gibt im Rahmen, ja, des Kita-Gutscheinsystems? Die sind ja eigentlich auch über den Landesrahmenvertrag an eine bestimmte Personal..., an einen Betreuungsschlüssel gebunden. Welche Auswirkung hat die Änderung in den Richtlinien?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Das würde ich gerne an Herrn Pörksen weitergeben.

Staatsrat Pörksen: Also Horte für Fünfjährige gibt es, glaube ich, nicht. Weil, Vorschule ist Vorschule, und die sind fünf Jahre, so. Also, die Kitaregeln ...

(Zuruf: Anschlussbetreuung!)

... für Fünfjährige bleiben gleich und die Anschl... und so, nicht? Im Ganztage. Geändert wird ...

(Abg. Christiane Blömeke: Anschlussbetreuung!)

Ja, geändert wird die Regelung für die Anschlussbe..., also für den Nachmittag in der Vorschule. Das werden wir in der Richtlinie anpassen. Mehr kann ich dazu an dieser Stelle noch nicht sagen. Aber das Entscheidende ist, dass der ... Ich glaube, man muss ... Ich bin auch ein bisschen dafür, insoweit die Betrachtungsebene noch einmal sich anzusehen: Es geht darum, dass der Vormittag so behandelt wird wie der Nachmittag. Das ist die Zielsetzung.

(Zuruf: Für die GBS, ja!)

Vorsitzender: Gut, vielen Dank. – Ich habe jetzt keine weiteren Fragen auf der Liste, es ist aber aus dem Kreis der Obleute der Wunsch herangetragen worden, über eine öffentliche Anhörung zu sprechen. – Herr Heinemann.

Abg. Robert Heinemann: Ja, ich fand das heute sehr aufschlussreich, sehr spannend. Ich glaube aber auch, es sind ja noch ein paar Themen durchaus offen, da verändert sich noch einiges. Das Thema, glaube ich, treibt uns alle noch weiter. Daher macht es aus meiner Sicht Sinn, dass wir auch einmal die Betroffenen hören, und würde daher vorschlagen, dass wir – für die CDU-Fraktion –, dass wir eine öffentliche Anhörung hier durchführen.

Vorsitzender: Stößt das allseits auf Zustimmung? Dann würde ich das jetzt zur Abstimmung stellen.

(Abg. Gunnar Eisold: Das müsste getrennt abgestimmt werden!)

Dann stimmen wir das getrennt ab. Jetzt zunächst im Schulausschuss würde das jetzt abgestimmt werden. Stellen Sie den Antrag, Herr Heinemann?

(Abg. Robert Heinemann : Ja!)

Dann bitte ich jetzt ... Oder Herr Yildiz?

Abg. Mehmet Yildiz: Ich hätte eine Frage. Wir würden den Antrag unterstützen für die öffentliche Anhörung, warum macht man einen getrennten Abstimmungsvorgang?

(Zuruf: Weil wir zwei Ausschüsse sind!)

Vorsitzender: Wie sind zwei Ausschüsse, wir müssen getrennt abstimmen.

(Abg. Robert Heinemann: Aber Sie dürfen in allen Ausschüssen abstimmen! – Zuruf des Abg. Mehmet Yildiz)

Dann stelle ich jetzt zur Abstimmung den Antrag der CDU-Fraktion, im Schulausschuss eine öffentliche Anhörung zum GBS zu machen nach Paragraph 59 der Geschäftsordnung, ist das, glaube ich. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann habe ich sechs Dafür-Stimmen gegen sieben Gegenstimmen, das ist ein Viertel der Mitglieder des

Schulausschusses. Damit ist die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen nach Paragraf 59 Absatz 1 der Geschäftsordnung.

Herr Eisold, wollen Sie für den Familien-, Jugend- und Kinderausschuss auch eine ...?

(Zuruf: ... eine gemeinsame!)

Vorsitzender Familien-, Kinder- und Jugendausschuss: Ja, also das wäre natürlich hilfreich gewesen, das deutlich zu sagen, dass es hier um eine gemeinsame öffentliche Anhörung geht. Also, gleichwohl ist es so, dass der Schulausschuss sich auch noch einmal ..., der Schulausschuss hat abgestimmt, der Familienausschuss muss jetzt auch noch einmal, wenn denn uns hier auch ein entsprechender Antrag vorliegt im Familienausschuss, auch darüber abstimmen. Da frage ich jetzt einmal in die Runde?

(Abg. Christiane Blömeke: Ja!)

– Gut, der Antrag auf öffentliche Anhörung liegt auch vor. Dann bitte ich jetzt aber auch nur diejenigen, die für den Familienausschuss hier abstimmen, um das Zeichen. Wer die öffentliche Anhörung unterstützen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind, eins, zwei, drei, vier, fünf sehe ich jetzt. – Wer stimmt dagegen, den bitte ich um das Handzeichen. – Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben. Das Quorum ist ein Viertel, wenn ich das richtig erinnere. Damit ist das dann zustande gekommen.

So, jetzt ist noch die Frage offen, ob das als gemeinsame Sitzung ...

(Abg. Robert Heinemann: Das macht, glaube ich, Sinn! Wir wollen doch keine zweite ...!)

Ja? Gut, dann würde ich einmal sagen, das ist einvernehmlich an der Stelle. Okay.

Vorsitzender: Gut, dann stelle ich fest, dass eine öffentliche Anhörung beschlossen ist in beiden Ausschüssen in gemeinsamer Sitzung, und wir machen es dann wieder federführend Schulausschuss, mitberatend Familien-, Kinder- und Jugendausschuss.

Dann unterbreche ich hier die Sitzung für eine Pause, weil der Tagesordnungspunkt 5 jetzt durch diesen Beschluss – 1, Entschuldigung –, durch diesen Beschluss jetzt für heute Abend abgearbeitet ist. Wir haben, denke ich ..., machen wir eine Viertelstunde Pause und treffen uns hier wieder um zehn vor acht.

Zu TOP 2

Keine Niederschrift, siehe Bericht an die Bürgerschaft

Zu TOP 3

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiesen darauf hin, dass die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) jedem Auskunftswunsch von Abgeordneten selbstverständlich nachkommen werde. Zuständig hierfür sei der Pressesprecher der BSB; sowohl die Behördenleitung als auch die Präsidialabteilung sei hierzu ebenfalls bereit. Zunehmend sei allerdings zu beobachten, dass aus Gesprächen zwischen Abgeordneten und Mitarbeitern

aus den Tiefen der BSB Pressemitteilungen entstünden. Eine Rückkehr zum normalen Verfahren sei daher wünschenswert.

Dr. Walter Scheuerl (CDU)
(Vorsitz)

Lars Holster (SPD)
(Schriftführung)

Michael Giß
(Sachbearbeitung)